

Gaza – Wie Mensch bleiben?

Gaza als Stadt betrachten

Bericht der UN-Untersuchungskommission

Kommentare

Anti-BDS-Resolution

Fatah/Hamas-Spaltung

Weltweite Solidarität

GEW soll sich für verhaftete Kinder einsetzen

Solidarität mit gewaltfreien Demonstrant*innen in Gaza

AI fordert Waffenembargo gegen Israel



IMPRESSUM

ISSN 1436-252X

Herausgeber

Deutsch-Palästinensische
Gesellschaft e.V. (DPG)
PF 1148, 49171 Hilter a.T.W
dpg@dpg-netz.de, www.dpg-netz.de



Redaktion

Wiebke Diehl (Berlin)
Hermann Dierkes (Duisburg)
Jan-Günther Frenzel (Berlin)
Detlef Griesche (Bremen)
Ingrid Koschorreck (Berlin)
Nazih Musharbash (Bad Iburg)
Jürgen Sendler (Berlin)
Gisela Siebourg (Berlin)
Wiltrud Rösch-Metzler (Stuttgart)
verantwortliche Redakteurin

Redaktionsanschrift

redaktion@dpg-netz.de

Satz, Layout & Druck

Druckhaus Köhler GmbH
Siemensstraße 1–3, 31177 Harsum
www.druckhaus-koehler.de

Erscheinungsweise

Das Palästina Journal erscheint
im Jahr 2019 zweimal.

Preis

Der Bezugspreis für das Palästina Journal
ist im DPG-Mitgliedsbeitrag enthalten.

Abo

Bitte wenden Sie sich an die DPG.

Spenden

Um dieses unabhängige Journal veröffentlichen zu
können, ist die DPG auf Spenden angewiesen.

Bitte spenden Sie an:

Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V. (DPG)
Sparda West e.G.
BIC: GENODE33SPK
IBAN: DE37 3706 0590 0100 3392 10

Titelbild

Gaza: Das Mädchen Nour lernt mit seiner Mutter.
Nachdem Nours Bruder getötet worden war, litt das
Mädchen unter Alpträumen und Schlafstörungen.
Sie bekam Schwierigkeiten in der Schule. Ihre Mut-
ter wandte sich an die Lehrer*innen, die Nour einen
Platz im „Better Learning Program“ des Norwegian
Refugee Council vermitteln. In diesem Programm
lernen Kinder mit Traumata umzugehen.

FOTO // AHMED MASHHARAWI /
NORWEGIAN REFUGEE COUNCIL

Inhalt

Palästina Journal · Ausgabe 15 · September 2019



- 03 Nachrichten aus Palästina** // Geistige Gesundheit von Gazas Kindern verschlechtert sich / Hamas kämpft gegen Besatzung, nicht gegen Juden / Hebron ohne UN-Beobachtertruppe / Firmen-Liste / UNRWA-Direktor in Gaza befürchtet Hungerkatastrophe / Organisation für islamische Kooperation lehnt Trump-Plan ab / Zerstörungen palästinensischer Häuser nehmen rasant zu / Über 2.750 Palästinenser*innen festgenommen / Angriff auf Zivilisten / Internetsensur / Zerstörung von Olivenbäumen / Ein Jahr Großer Rückkehrmarsch / Weltbank warnt vor Wirtschaftsschock / Likud beobachtet arabische Wahllokale / Zwei Millionen Juden in der Westbank? / Neue Regierung
- 07 Schwerpunkt: Gaza – Wie Mensch bleiben?** // Lösung fürs Wasserproblem: Gaza als Stadt betrachten
- 10 Schwerpunkt: Gaza – Wie Mensch bleiben?** // Der Humanist: Dr. Izzeldin Abuelaish
- 11 Schwerpunkt: Gaza – Wie Mensch bleiben?** // Sonntagnachmittag in Gaza
- 12 Schwerpunkt: Gaza – Wie Mensch bleiben?** // Mutmaßliche Kriegsverbrechen müssen geahndet werden
- 13 Deutsche und EU-Nahostpolitik** // I Bundestag fördert shrinking space / II Kritik / III Folgen / Irland will keine Siedlungsprodukte mehr / Deutsches Unternehmen Bomag in Siedlungen tätig / AA zum Abriss palästinensischer Häuser in Ostjerusalem / EU-Geld für israelische Rüstungsunternehmen / Algorithmen für Antisemitismusbeauftragten / Franz. Botschafter nennt Israel „Apartheidstaat“
- 14 Kommentare** // Palästina nahe Solidaritätsgruppen sollen mundtot gemacht werden / Nur ein drastischer Paradigmenwechsel beendet Fatah/Hamas-Spaltung
- 16 Aktivitäten** // DPG verurteilt Hauszerstörungen / Kaktusfeigen-Erfrischungsgetränk
- 18 Aktivitäten** // Von der Pflicht, die Besatzung zu kritisieren – DPG-Tagung zu Palästina
- 19 Projekthilfe** // Kinderseelen – Verwurzelt in Palästina
- 20 Weltweite Solidarität** // Protest gegen Eurovision Song Contest / GEW soll sich für verhaftete Kinder einsetzen / Solidarität mit gewaltfreien Demonstrant*innen in Gaza / Kein gemeinsamer Kampf mit Rechten / AI fordert Waffenembargo gegen Israel / Anhörung vor dem Internationalen Strafgerichtshof / Klage gegen Nationalstaatsgesetz / Airbnb doch wieder in Siedlungen
- 22 Schwerpunkt: Gaza – Wie Mensch bleiben?** // Kurze Geschichte Gazas
- 24 Medienempfehlungen** // Filme / Ausstellungen / Bücher
- 26 Info-Tafel** // Der Konflikt auf einen Blick
- 27 Poesie** // GAZA von Malak Mattar
- 28 Kunst** // Samira Badran, Have a pleasant stay!

Liebe Leser*innen,

seit über einem Jahr protestieren Palästinenser*innen in Gaza, in überwältigender Anzahl gewaltfrei, gegen ihre Lebensbedingungen und ihr Eingesperrtsein. Nach Vittorio Arrigoni's Buch „Mensch bleiben“ haben wir diese Ausgabe „Gaza – Wie Mensch bleiben?“ genannt. Der 36-jährige italienische Reporter, Friedensaktivist und Pazifist wurde 2011 in Gaza ermordet.

Ihre Redaktion
redaktion@dpg-netz.de

Nachrichten aus Palästina

FOTO /// HAZEM SHEHADA



Gaza, Blick vom Medienhochhaus auf das Mittelmeer

GEISTIGE GESUNDHEIT VON GAZAS KINDERN VERSCHLECHTERT SICH

In der Nähe der israelischen Sperranlage im Gazastreifen weisen 68% der Schüler*innen Anzeichen von psychosozialer Not auf. Das hat eine Untersuchung des Norwegischen Flüchtlingsrates (NRC) ergeben. Ein Jahr nach dem Beginn des großen Rückkehrmarsches haben viele Kinder selber Gewalt gesehen und kennen Menschen, die jemanden verloren haben oder die verletzt wurden. 54% der befragten Kinder haben keine Hoffnung auf eine bessere Zukunft. UNICEF schätzt, dass 25.000 Kinder im Gazastreifen therapeutische Hilfe bräuchten.

HAMAS KÄMPFT GEGEN BESATZUNG, NICHT GEGEN JUDEN

Hamas, die herrschende Partei im belagerten Gazastreifen, hat sich von ihrem Vertreter Fathi Hamad distanziert. Dieser hatte bei einer Freitagsdemonstration am 12. Juli in Gaza zum Töten von Juden aufgerufen. „Diese Äußerungen geben nicht die offiziellen Positionen der Bewegung wieder“, heißt es in einer Stellungnahme der Hamas. „Diese besagen, dass unser Konflikt mit der Besatzung ausgetragen wird, die unser Land besetzt hat und unsere heiligen Stätten befleckt, und nicht mit den Juden weltweit oder dem Judentum als Religion.“ Die Bewegung habe wiederholt Angriffe gegen jüdische Stätten der Anbetung weltweit verurteilt.

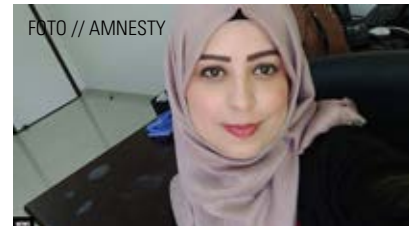
HEBRON OHNE UN-BEOBACHTERTRUPPE

Die israelische Regierung hat ihre Zustimmung für die Temporäre Internationale Beobachtermission für Hebron (TIHP) im Januar 2019 beendet. Die UN-Mission war 1994, nach der Ermordung von 29 Palästinensern in der Hebroner Abrahams-Moschee durch einen jüdischen Siedler, eingerichtet worden. Sie sollte Stabilität gewährleisten und normales Leben wiederherstellen. In Hebron leben 175.000 Palästinenser*innen, sowie etwa 800 Siedler*innen und fast ebenso viele israelische Soldat*innen.

FREISPRUCH FÜR JOURNALISTIN IN GAZA

Hajar Harb hat nun vor einem Berufungsgericht in Gaza gewonnen und muss nicht in Haft, wie Amnesty International mitteilte. Nach Angaben des Palästinensischen Zentrums für Entwicklung und Medienfreiheit in Ramallah, waren die Hamas-Behörden im Gazastreifen 2018 für 37 Angriffe auf die Medienfreiheit verantwortlich, die palästinensischen Behörden im Westjordanland für 77. Dazu zählten willkürliche Inhaftierungen, Misshandlungen bei Verhören, die Konfiszierung von Ausrüstung, körperliche Übergriffe und Verbote, über gewisse Dinge zu berichten.

FOTO // AMNESTY



Nach ihrem Fernsehbeitrag über Korruption im Hamas-kontrollierten Gesundheitsministerium drohten der palästinensischen Investigativ-Journalistin Hajar Harb bis zu sechs Monate Haft.

ISSA AMRO – VON ISRAEL UND PALÄSTINA ANGEKLAGT

Der Menschenrechtsverteidiger Issa Amro, Gründungsmitglied der Gruppe Youth Against Settlements (Jugend gegen Siedlungen), ist von palästinensischen Sicherheitskräften festgenommen worden, nachdem er wegen der Verhaftung eines Journalisten in Hebron die Palästinenserbehörde auf Facebook kritisiert hatte. Er wurde freigelassen. Das war 2017. Doch Anfang 2019 wurde der Fall durch ein palästinensisches Gericht in Hebron neu aufgerollt, wie Amnesty mitteilte, **„offenbar in dem Versuch, Issa Amro einzuschüchtern und zur Aufgabe seiner fortlaufenden Arbeit, der Information über israelische und palästinensische Menschen- und Völkerrechtsverstöße, zu bewegen“**. Issa Amro erzählte Amnesty, dass er in den sozialen Medien Todesdrohungen erhalten habe, er fürchte um seine Sicherheit. Am 22. Juli 2019 begann ein israelisches Gerichtsverfahren gegen Issa Amro im israelischen Militärgefängnis Ofer.

SCHULE IN OST-JERUSALEM ZERSTÖRT

Im Shufat-Flüchtlingslager, im besetzten Ost-Jerusalem, zerstörten israelische Bulldozer am 19. März dieses Jahres ein im Bau befindliches Schulgebäude, wie die palästinensische Nachrichtenagentur Ma'an berichtete. Und Soldaten feuerten mit Gummigeschossen auf die palästinensischen Einwohner*innen, die sich gegen den Abriss zur Wehr setzten.

BESATZUNGSMACHT STOPPT WASSERZUFUHR

Israel hat die Wasserzufuhr für 2.600 Palästinenser in der Westbank gestoppt, berichtete die palästinensische Nachrichtenagentur Ma'an am 6. März. Während 60% der Einwohner Bardalas im Jordantal von der Wasserversorgung abgeschnitten sind, können auch rund 200 Hektar landwirtschaftlicher Fläche nicht mehr bewässert werden.

FIRMEN-LISTE WEITER UNVERÖFFENTLICHT

Die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Michelle Bachelet, hat die Veröffentlichung einer „schwarzen Liste“ über Unternehmen, die in illegalen israelischen Siedlungen in der besetzten Westbank, in Ost-Jerusalem und den besetzten Golanhöhen tätig sind, auf unbestimmte Zeit verschoben. Als Gründe nannte sie die „Komplexität“ des Unterfangens. Im März 2016 hatte der UN-Menschenrechtsrat das Büro des UN-Hochkommissars für Menschenrechte beauftragt, eine Datenbank anzulegen. 2018 hatte Bachelets Vorgänger, Zeid bin Ra'ad al Hussein, einen Zwischenbericht veröffentlicht. 206 Firmen sollen den Untersuchungskriterien entsprechen. Sobald man mit allen gesprochen habe, würden die Namen veröffentlicht. Der Jüdische Weltkongress fordert nun, dass die Liste „komplett gestrichen“ wird. Dagegen wird argumentiert: Würde Bachelet dem folgen, würde sie ihre Pflichten verletzen, denn als UN-Hohe-Kommissarin für Menschenrechte ist der Auftrag des UN-Menschenrechtsrates bindend.

ORGANISATION FÜR ISLAMISCHE KOOPERATION LEHNT TRUMP-PLAN AB

Beim Gipfeltreffen der Organisation für islamische Kooperation (OIC) im Juni in Mekka haben die islamischen Staaten den Trump-Plan abgelehnt und sich auf die Seite der Palästinenser gestellt. Sie verurteilten die Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem und riefen zu einem Boykott aller Länder auf, die dem Beispiel Washingtons folgen, Jerusalem als israelische Hauptstadt anzuerkennen. **„Fünfzig Jahre nach der Gründung der OIC stehen wir immer noch vor komplexen Herausforderungen für die Zukunft Palästinas und Jerusalems“**, betonte der türkische Außenminister Çavuşoğlu. **„Dies war der unmittelbare Grund, warum wir diese Organisation 1969 gegründet haben.“** Palästina und Jerusalem würden immer die Kernthemen für die OIC bleiben und **„jedes Friedensabkommen, das nicht die Schaffung eines unabhängigen und souveränen Staates Palästina innerhalb der Grenzen von 1967 mit Jerusalem als Hauptstadt vorsieht, wird von der OIC abgelehnt.“**

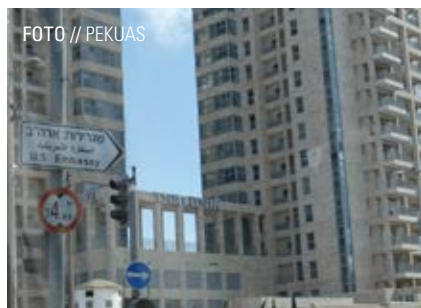


FOTO // PEKUAS
Hinweisschild in Jerusalem zur US-Botschaft

ZERSTÖRUNGEN PALÄSTINENSISCHER HÄUSER NEHMEN RASANT ZU

Seit 22. Juli 2019 wird eine Reihe von Wohnhäusern in Wadi Al-Hummus am Rand von Sur Baher wegen zu großer Nähe an der Sperrmauer von Israel zerstört, wobei Wadi Al-Hummus außerhalb der Jerusalemer Stadtgrenze, aber innerhalb der Trennmauer in der ausschließlich von der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) kontrollierten Zone A liegt. Es geht um insgesamt 25 Wohngebäude mit etwa 250 Wohnungen; am ersten Tag wurden 10 Gebäude mit etwa 100 Wohneinheiten zerstört. Rund 6.000 Menschen leben dort.



FOTO // URSULA MINDERMANN

Am 22. Juli 2019 wurde eine Reihe von Wohnhäusern in Wadi Al-Hummus am Rand von Sur Baher zerstört.

Israel gibt „Sicherheitsbedenken“ als Grund an, die israelische Menschenrechtsorganisation B'Tselem hält Bemühungen um eine demografische jüdische Mehrheit in Ost-Jerusalem für den eigentlichen Grund. Häuserzerstörungen haben auch in Sur Baher, Abu Tur, Silwan, Wadi Yasul, al-Bustan, Qalandia begonnen und werden z.T. ohne Vorwarnung durchgeführt. Laut B'Tselem wurden in Ost-Jerusalem im 1. Halbjahr 2019 59 Wohneinheiten zerstört, wobei 166 Personen, darunter 90 Minderjährige, obdachlos und vertrieben wurden, mehr als im gesamten Jahr 2018. Ost-Jerusalem wurde 1967 von Israel besetzt und 1980 völkerrechtswidrig annektiert.

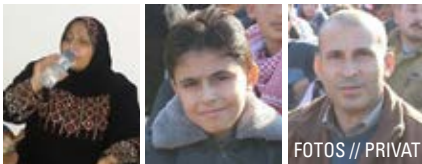


Wadi Al-Hummus ist unter der Jurisdiktion der Palästinensischen Autonomiebehörde, die dort Planungshoheit hat, aber keine sonstigen Dienstleistungen anbieten kann.

ÜBER 2.750 PALÄSTINENSER*INNEN SEIT BEGINN DES JAHRES 2019 FESTGENOMMEN

Die israelischen Besatzungskräfte haben während der ersten sechs Monate dieses Jahres 2.759 Palästinenser festgenommen, davon 446 Minderjährige und 76 Frauen, wie die palästinensischen Gefangenengruppenorganisationen „The Prisoners Affairs Commission“, die „Palestinian Prisoner Society“ und „Addameer“ mitteilten. Bis zum 30. Juni saßen 5.500 Palästinenser in israelischen Gefängnissen, darunter 43 Frauen und 220 Minderjährige. Ungefähr 500 Personen werden in Administrativhaft – ohne Anklage oder Gerichtsverfahren – festgehalten.

ANGRIFF AUF ZIVILISTEN



Ragda Abu al-Jidyan, 42, Abdurahman Abu al-Jidyan, 11, und Talal Abu al-Jidyan, 45, der im Al-Awda-Hospital in Jabalia gearbeitet hatte, sind am 5. Mai 2019, gegen 20.00 Uhr, durch einen israelischen Luftangriff in Gaza getötet worden.

Am 6. Mai 2019 begann ein von Ägypten vermittelter Waffenstillstand, nachdem explosive Luftballons aus Gaza einen israelischen Angriff ausgelöst hatten. Vier Israelis wurden getötet und 123 verletzt. Israel griff 350 Ziele in Gaza an, tötete 25 Palästinenser*innen, darunter 13, die nichts mit bewaffneten Gruppen zu tun hatten und verletzte 153. Zur Familie Abu al-Jidyan gehören noch ein Sohn und zwei verheiratete Töchter, die während des Angriffs nicht im Haus waren. Es handelte sich um einen willkürlichen Angriff auf ein Wohnhaus in Gaza, schrieb die Menschenrechtsorganisation B'tselem.

BESATZUNGSSOLDATEN IN HEBRON

Das israelische Militär ist am 13. Juli in das H1-Gebiet in Hebron eingedrungen, das unter palästinensischer Kontrolle steht, hat dort mobile Kontrollpunkte aufgebaut und einen Abrissbefehl für das Haus von Mohammad Ali Al-Allami ausgestellt, berichtet der Hebron Freedom Fund. Das geschah, obwohl Al-Allami im Besitz sämtlicher Dokumente für das Haus ist.



UNRWA-DIREKTOR IN GAZA BEFÜRCHTET HUNGERKATASTROPHE

Das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA), befürchtet eine Hungerkatastrophe, wenn nicht schnellstmöglich 60 Millionen Dollar für das zweite Halbjahr 2019 an die UNRWA in den isolierten Gazastreifen fließen. Das Hilfswerk kämpft darum, 9000 Lehrkräfte an 274 Schulen und 22 Gesundheitszentren weiterhin bezahlen zu können. Ohne die 60 Millionen, so Direktor Matthias Schmale in einem Interview mit Zeit-online vom Juli „**müssen wir bald die Nahrungsmittelversorgung zurückfahren oder sogar einstellen ... Die Verzweiflung könnte auch in soziale Unruhen umschlagen.**“ Neben der schlimmen finanziellen Lage, die nach dem Stopp der US-Zuschüsse an das Hilfswerk entstand, wird derzeit intern in der Organisation ermittelt. Hilfsorganisationen warnen, die palästinensischen Flüchtlinge dürften nicht zu den Leidtragenden gemacht werden.

PALÄSTINENSER*INNEN UNTER INTERNETZENSUR

Die Dichterin und Aktivistin Tatour ist eine von Hunderten Palästinenser*innen, die Israel jedes Jahr wegen ihrer Social-Media-Posts festnehmen lässt. In den vergangenen Jahren nutzten immer mehr Palästinenser die sozialen Netzwerke, um ihre Meinung über die Lebensbedingungen unter der israelischen Besetzung kund zu tun. Seitdem überwacht und zensiert Israel die Online-Posts noch stärker als zuvor, hat das Nachrichtenportal qantara berichtet. 2015 hat Israel eine Cyber-Abteilung geschaffen, die der Staatsanwaltschaft untersteht. Die Mitarbeiter*innen beschäftigen sich mit den „Herausforderungen der Überwachung des Cyberspace“ indem sie Posts in sozialen Medien zensieren. Die Medienrechtsorganisation 7amleh berichtet, dass Unternehmen wie Facebook und Twitter im Jahr 2017 mehr als 85 Prozent der israelischen Anfragen akzeptierten, „**Inhalte zu entfernen, die als schädlich oder gefährlich eingestuft wurden.**“

ZERSTÖRUNG VON OLIVENBÄUMEN IM OKTOBER 2018

QUELLE // YESH DIN



Abgesägte Olivenbäume in Mughayir, Oktober 2018

Burin Olivenernter*innen wurden zweimal angegriffen, Oliven wurden gestohlen
Turmus Ayya 70 Olivenbäume wurden abgesägt, 60 Bäume wurden beschädigt
Brukin 40 Olivenbäume wurden abgesägt
Deir Nizam 18 Zitronenbäume wurden abgesägt
Tal 30 Bäume wurden abgesägt, Oliven wurden gestohlen
Fara'ata 22 Olivenbäume wurden entwurzelt
Mughayir, 90 Olivenbäume wurden abgesägt.
Deir al-Hatab Olivenernter*innen wurden angegriffen

ZWEI MILLIONEN JUDEN IN DER WESTBANK?

Dutzende israelischer Minister und Knessetabgeordneter des Likud und anderer rechtsnationaler Parteien unterstützen die «Nahal»-Bewegung, wie das Schweizer Magazin Tachles berichtete. Ihr Ziel: Zwei Millionen in der Westbank lebende Siedler. Jüdisches Bauen soll in der ganzen Westbank gestattet werden. Unterscriben haben die Deklaration Knessetsprecher Yuli Edelstein und die Minister Israel Katz, Yariv Levin, Zeev Elkin, Gilad Erdan, Ayelet Shaked, Naftali Bennett, Miri Regev und Tzachi Hanegbi.

EIN JAHR GROSSER RÜCKKEHRMARSCH

Mit friedlichen Demonstrationen begingen über 40.000 Palästinenser*innen in Gaza den Jahrestag der Proteste des „Großen Rückkehrmarsches“. Am 30. März 2018 hatten sich erstmals Zehntausende am Zaun zu Israel eingefunden und gegen die illegale Blockade Gazas und für ein Rückkehrrecht der Palästinenser in ihre Heimat demonstriert. Ein Jahr später hatte die in Gaza regierende Hamas nach eigenen Angaben rund 8.000 Sicherheitskräfte eingesetzt, die Demonstrant*innen davon abhielten, zu nah an den Zaun zu gehen oder Brandsätze zu werfen. Die israelische Armee bestätigte dies und sprach am Abend von einer „**Beherrschung der Hamas, wie wir es im vergangenen Jahr nicht gesehen haben**“. Dennoch haben israelische Scharfschützen erneut jugendliche Demonstranten erschossen. Am frühen Morgen, noch vor Beginn der Proteste, töteten sie einen 20-jährigen, im Laufe des Tages drei 17-jährige Palästinenser. Seit Beginn der Proteste starben bisher 266 palästinensische Zivilisten – darunter Kinder, Frauen, Behinderte, Rettungssanitäter und Journalisten – durch israelische Gewalt. Tausende wurden verletzt, davon hunderte verstümmelt.

WELTBANK WARNT VOR WIRTSCHAFTLICHEM SCHOCK

Laut Weltbank, steht die palästinensische Wirtschaft vor einem ernsten Schock, weil Israel Steuereinkünfte einbehält. Die Weltbank fordert eine dringende Lösung der Krise. Nach Angaben der Weltbank „belaufen sich die von Israel eingesammelten und an die PA monatlich überwiesenen Zolleinkünfte auf etwa 65 % der gesamten Einkünfte der PA.“ Die israelische Regierung wollte den Teil des Geldes, den die PA als Sozialhilfe für die Gefangenen und deren Familien braucht, einbehalten. Die PA verweigerte daraufhin die reduzierten Überweisungen; damit war die PA jedoch gezwungen, Gehälter um 30 % zu kürzen, die Ausgaben für Sozialleistungen zu reduzieren und mehr von lokalen Banken zu leihen. Wenn dieses Problem nicht gelöst werde, werde sich das Finanzloch von 400 Millionen US-Dollar in 2018 auf mehr als 1 Milliarde US-Dollar in 2019 vergrößern.

NEUE REGIERUNG IM BESETZTEN PALÄSTINA

Präsident Mahmud Abbas hat im April ein neues Kabinett vereidigt. 21 Minister, darunter drei Ministerinnen (Tourismus, Gesundheit und Frauen), gehören zur Regierung von Premier Mohammad Shtayeh. Präsident Mahmoud Abbas kündigte an, dass die neue Regierung alle Anstrengungen unternehmen werde, die Westbank und den Gaza-Streifen zu vereinen. Das Ziel seien Parlamentswahlen in der Westbank, in Ost-Jerusalem und im Gaza-Streifen.

UN-LISTE DER SCHANDE

Die palästinensische UN-Delegation zeigte sich, nach Angaben von IMEMC News, enttäuscht darüber, dass UN-Generalsekretär António Guterres Israel nicht in seine neue Liste der Schande aufgenommen hat. Auf der Liste stehen Staaten, die schwere Menschenrechtsverletzungen gegenüber Kindern begehen. 34 palästinensische Kinder sind zwischen dem 30. März und 31. Dezember 2018 nach UN-Angaben von israelischen Soldaten getötet worden, 32 durch scharfe Munition oder Munitionssplitter, 1.642 Kinder wurden verletzt.

LIKUD BEOBACHTET ARABISCHE WAHLLOKALE

Nachdem bekannt geworden war, dass der Likud bei den letzten Wahlen 1200 versteckte Kameras in arabischen Wahllokalen eingesetzt hatte, will die Partei für die anstehenden Wahlen, nach Angaben der „Times of Israel“, doppelt so viel Geld für Kameras ausgeben. Arabische Wähler*innen würden dadurch eingeschüchtert und vom Wählen abgehalten, werfen Kritiker*innen der Überwachungsaktion vor.

FOTO // PALAESTINA.ORG



Kabinett

Schwerpunkt: Gaza – Wie Mensch bleiben?

Lösung fürs Wasserproblem: Gaza als Stadt betrachten

Mega-Entsalzungsanlage für Meerwasser: wirtschaftlich unsinnig und politisch gefährlich

FOTO // MOHAMMED ASAD



Bidna Kahrabah! Wir wollen Strom! Massendemonstrationen gegen Stromverknappung in Gaza, Januar 2017

Es ist schmerzlich offensichtlich, dass Gaza im zwölften Jahr der totalen Blockade dringend Hilfe braucht. Wie, das soll in diesem Beitrag ausgeführt werden.

Über die Wasserkrise in Gaza gibt es folgende vorherrschende Erzählung: In dem am dichtesten besiedelten Land der Erde, das mit einem trockenen Klima bestraft ist, führt das katastrophale Überpumpen zu immer weiter sinkenden Wasserspiegeln und zum Eindringen von Meerwasser ins

Grundwasser. Die einzige Lösung ist, Gaza in die Lage zu versetzen, sein eigenes Süßwasser durch Meerwasserentsalzung zu produzieren. Ist das die Lösung? Und wie wahr ist diese Darstellung? Das Klima in Gaza ist halbtrocken (semi-arid). Die durchschnittliche Grundwasseranreicherung (97 mm pro Jahr) ist höher als die des benachbar-

ten Sinai (7 mm pro Jahr) und Israels (49 mm pro Jahr). Wasserentnahmen müssen in der Tat eingedämmt werden, und die Entsalzung verspricht, dies indirekt durch die Bereitstellung von mehr Wasser zu erreichen. – Momentan sinkt die Pumpleistung aufgrund eines völlig anderen Faktors drastisch, nämlich durch die extremen Stromausfälle.

Rückläufige Wasserstände und Meerwasser, das eindringt, sind im sogenannten Küstenaquifer des Sinai, Gazas und Israels kein neues Phänomen. Bereits Mitte der 1950er Jahre wurde Israel von großen Gebieten mit tief abgesenkten Grundwasserspiegeln unterhalb des Meeresspiegels geplagt. Und die größte Salzquelle ist nach wie vor der natürliche, laterale Zufluss brackischen Grundwassers aus dem Negev (> 37 Mio. m³ und steigend).

BOULEVARD-SCHLAGZEILEN ÜBER DEN WASSERMANGEL IN GAZA

Absinkende Wasserstände sind alarmierend. Wir sollten jedoch Behauptungen wie die, dass Gaza bis 2020 „unbewohnbar werden“ würde, vermeiden. Erinnern wir uns an den Slogan, dass der Schaden am Grundwasser in Gaza bis 2016 „irreversibel“ werden könnte? Konnte dieser „irreversible“ Schaden abgewendet werden, weil sich die Situation verbessert hat? Nein, keinesfalls! Statt dessen ist das behauptete Armageddon-Jahr 2016 schlicht verstrichen – genauso wie das Jahr 2020 verstreichen wird. Auf längere Sicht untergraben solche sensationslüsternen Behauptungen nur die Glaubwürdigkeit einer wirklichen Fürsprache für das Wasserleiden in Gaza.

Die Behauptung, Gaza sei das am dichtesten besiedelte Land der Erde, ist ebenfalls falsch. Denn nur wenn wir Gaza mit Flächenstaaten wie Bangladesch vergleichen, hätte der „Staat“ Gaza das Vierfache der Bevölkerungsdichte. Wenn wir Gaza hingegen als einen Stadtstaat betrachten würden, dann hätten im Vergleich dazu solche Stadtstaaten wie Monaco und Macau eine drei- bis viermal höhere Bevölkerungsdichte. Warum sollten wir Gaza überhaupt mit Flächenstaaten und nicht mit Stadtstaaten oder mit Städten vergleichen? Mit seinen derzeit 5.324 Einwohnern/km² gehört Gaza nicht einmal zu den 50 am dichtesten besiedelten Städten.

In jeglicher Hinsicht, insbesondere in Bezug auf die Frage der Sicherung von Ressourcen, Vorräten

und Nachhaltigkeit, ist der gesamte Gazastreifen schlicht und einfach eine Stadt – und zwar eine ziemlich durchschnittliche!

KOSTEN EINER MEERWASSERENTSAZUNG

Die Meerwasserentsalzung in Gaza erfordert astronomische Summen an Investitions- und Betriebskosten. Der Kostenvoranschlag ist von 354 Millionen Euro im Jahr 2012 auf 562 Millionen Euro gestiegen. Dies entspricht fast 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts von Gaza (etwa 1,46 Milliarden US-Dollar pro Jahr). Eine solche Summe wird in Gaza als „machbar“ und „nachhaltig“ dargestellt.

Hinzu kommen die Betriebskosten: Die derzeitigen Endverbrauchstarife für Wasser in Gaza liegen zwischen 0,3 und 2,5 Sheqel (0,07–0,61 Euro) pro Kubikmeter – und das ist bereits jetzt für viele Gazaner unerschwinglich.

Die meisten Wasserversorgungskosten fallen nicht bei der Rohwasserbepumpung an, sondern bei der Verwaltung, Abrechnung usw. und den Löhnen dafür an. Der zweitgrößte Batzen ist der Unterhalt des Wassernetzes. Nur ein Bruchteil der Produktionskosten entfällt auf den technischen Betrieb vor Ort, d.h. das Pumpen von Grundwasser vom Wasserspiegel unter der Erde bis hinauf zum Bohrlochkopf. Die Umkehrosmose-Entsalzung beruht ausschließlich auf Energie-, also Stromverbrauch. Das Salzwasser wird unter hohem Druck durch spezielle Membranen gepresst.

Die derzeitigen israelischen Entsalzungsanlagen benötigen ca. 4 kWh pro Kubikmeter entsalzten Wassers. Dies entspricht dem 12-fachen der israelischen Nettokosten für die Bepumpung von meist tiefen Brunnen – und etwa dem 20-fachen der Energie, die für das Pumpen von Wasser aus den flachen Brunnen des Gazastreifens erforderlich sind.



Gaza ist Manhattan! Wie lange würden New York oder Manhattan (ungefähr so groß wie Gaza) überleben, wenn sie vollständig von der Außenwelt abgeschnitten wären – nicht zuletzt von der Wasserversorgung aus dem etwa 200 km entfernten Trinkwasserschutzgebiet von Catskill?

WASSERQUALITÄT

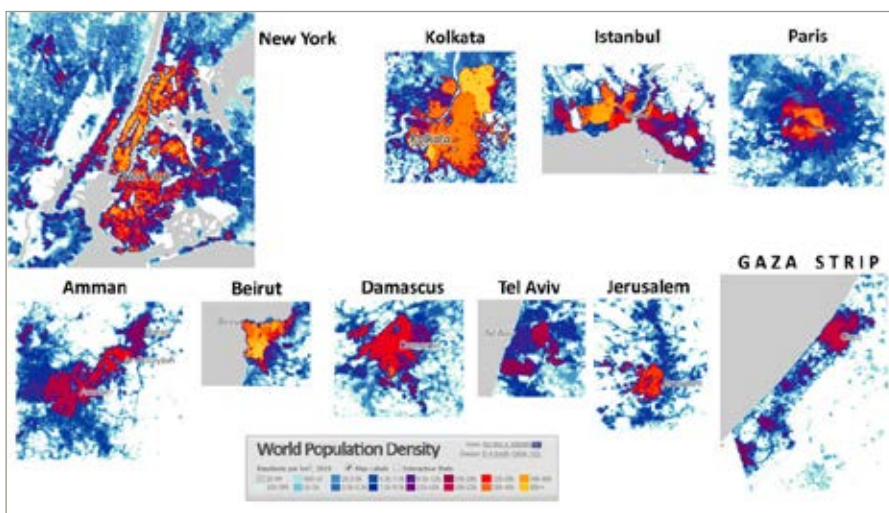
Die Wasserqualität ist möglicherweise das vorrangigste Problem in Gaza, da 97% der dortigen Trinkwasserbrunnen Chlorid-Werte aufweisen, die über dem WHO-Grenzwert für Trinkwasser (250 mg/l) liegen. Aber würde die Entsalzung dieses Problem lösen?

Die Entsalzungslobby versucht zu verbergen, dass die gesundheitlichen Auswirkungen dramatisch sind: Da bei der Entsalzung alle Salze entfernt werden, auch gesunde, lebenswichtige Salze wie Kalzium, Magnesium etc., berichten die verschiedenen israelischen Ärzteverbände seit Jahren regelmäßig davon, dass 62 Prozent der Schulkinder und 85 Prozent der schwangeren Frauen in Israel unter Jodmangel leiden. Noch schlimmer ist die Situation beim Magnesium; Das israelische Gesundheitsministerium schätzt, dass der Magnesiummangel aufgrund entsalzten Wassers zu etwa 250 Todesfällen pro Jahr führt.

ABHÄNGIGE WASSERVERSORGUNG

Aber die Behauptung, dass Entsalzung Gaza „unabhängig“ machen würde, ist wahrscheinlich das größte Täuschungsmanöver, sowohl technisch als auch politisch betrachtet. Wenn sich nämlich Gaza ausschließlich auf großangelegte Entsalzung stützen würde, wäre es vollständig von der Funktionsfähigkeit dieser hochentwickelten Technologien abhängig.

Jede große Entsalzungsanlage in Israel hat den Energiebedarf einer ganzen Stadt. Gaza müsste gigantische zusätzliche Mengen an Strom oder fossilen Brennstoffen aus Israel importieren! Aber auch ohne Entsalzung ist der ständige Stromaus-



Bevölkerungsdichte der Großstädte der Welt und des Nahen Ostens.

fall bereits zum vordringlichsten Problem in Gaza geworden und ist inzwischen noch schmerzhafter als der lang andauernde Wassermangel.

Die alte Brunnenpumptechologie von Gaza ist extrem robust. Sie ist einfach zu warten, zu betreiben und zu reparieren – im Gegensatz zu der verwundbaren High-Tech-Lösung einer zentralisierten Mega-Entsalzungsanlage. Auf dem Papier wäre Gaza dann „wasserunabhängig“, da es im Glanz neuer Entsalzungsanlagen erstrahlen würde, aber in Wirklichkeit wäre es völlig unmöglich, diese Anlagen ohne den guten Willen des feindlichen Besatzers zu betreiben.

WEITERE ISOLIERUNG GAZAS

Vergessen wir in diesen Zeiten auch nicht den Aspekt der Sicherheit. Strategisch gesehen muss die besondere Anfälligkeit für bevorstehende Zerstörungen durch israelische Kriegshandlungen berücksichtigt werden. Tausende flächenmäßig verstreut liegende Brunnen in Gaza waren bisher noch vergleichsweise sicher vor Luftbombardements, ganz im Gegensatz zu den zentralen Elektrizitätswerken, die wiederholt von der israelischen Luftwaffe bombardiert wurden.

Noch wichtiger ist der politische Schaden. Durch die Entsalzung ändert sich in keiner Weise der Status des Gazastreifens als ein abgeriegeltes Ghetto – die Strategie versucht stattdessen, dieses Ghetto „lebensfähig und nachhaltig“ zu machen; eine Quadratur des Kreises. Zum Schaden noch der Spott! Ein Ghetto kann niemals und nirgendwo unabhängig oder gar nachhaltig werden. Stattdessen muss Gaza, wie jede andere Stadt der Welt, zuverlässig und nachhaltig von außen versorgt werden! Die gefährlichen politischen Implikationen für die grandiose Mega-Entsalzung gehen weit über den Wassersektor hinaus, denn das politische Hauptinteresse Israels gegenüber Gaza ist dessen Isolation, seine Trennung vom Hinterland, sei es das historische Palästina, heute Israel, oder das Westjordanland. Während die Siedlungen im Westjordanland wachsen und das Westjordanland bald annektiert werden soll, soll das belagerte und isolierte Gaza für sich selbst sorgen. Dies ist Israels Politik.

Seit seiner offiziell so bezeichneten „Truppenumgruppierung“ (und eben nicht wie hierzulande meist geschrieben: „Abzug“) im Jahr 2005 hat Israel ein neues und bizarres hydrogeologisches Prinzip erfunden, wonach der große Küsten-Aquifer kein gemeinsames Grundwasserbecken sei, sondern Gaza angeblich einen eigenen, abgetrennten Aquifer hätte. (Geologisch gesehen ein Hohn!) Nach der Logik der Entsalzungs-Unabhängigkeit hätte Gaza nicht mehr das international garantierte Recht auf einen fairen Anteil an den internationalen, gemeinsam genutzten grenzüberschreitenden Wasserressourcen aus dem gesamten Küsten-Aquifer-Becken. Sein Recht würde sich in dieser Logik auf den unbedeutenden kleinen Beckenanteil unter dem schmalen Streifen beschränken.

LÖSUNG

Die Lösung ist ein schlichter und naheliegender, aber weitreichender Vorschlag. Gaza muss wie jede andere Stadt der Erde von außen versorgt werden. Ironischerweise kauft das wasserreiche Westjordanland ständig wachsende Wassermengen von derzeit 60 Millionen Kubikmeter pro Jahr. Gaza jedoch nicht.

Der erste Schritt ist völlig pragmatisch: Gestatten wir Gaza, 60 Millionen Kubikmeter pro Jahr von Israel zu kaufen – die gleiche Menge, die das Projekt zur Entsalzung vorschlägt. Dieses Wasser ist teuer und müsste von den Geberstaaten subventioniert werden, aber diese Regelung wäre nur vorübergehend und sollte in hoffentlich naher Zukunft enden. Unweigerlich würde das Wasser durch den israelischen National Water Carrier (NWC) kommen, der seit über 60 Jahren den Jordan am Tiberias-See trocken pumpt. Unter der bestehenden israelischen Versorgungsarchitektur fließt der Jordan, der in Tiberias aus dem See und durch die Röhren des NWC bis hinunter nach Beer Sheva am Rande Negev gepumpt wird, nämlich bereits direkt bis vor die Tür von Gaza.

Ein zweiter politischer Schritt müsste dann zu der historischen palästinensischen Wasser-Verhandlungsposition zurückführen, nämlich: gleiche Wasserrechte, gerechter Anteil an gemeinsamen grenzüberschreitenden Einzugsgebieten (der Johnston-Plan von 1954 sah für den palästinensischen Anteil allein am Jordan 254 Millionen Kubikmeter pro Jahr vor). Für eine gerechte Aufteilung der natürlichen Wasservorkommen lohnt es, sich einzusetzen. Ein Kaufvertrag würde einen Präzedenzfall schaffen, indem die nötige Infrastruktur geschaffen und gesichert und eine tägliche Routine hergestellt werden würde, unter welcher Gaza aus seinem Hinterland in Israel beliefert wird. Ramallah Stadt z.B. ist zu 100 Prozent von Wassereinkäufen beim israelischen Wassermonopol Mekorot abhängig. Der Kauf von Wasser bei Mekorot käme Gaza jedoch immer noch erheblich günstiger als die Eigenproduktion vor Ort in Gaza.

GAZA IST EIN TEIL PALÄSTINAS

Zukünftige Verhandlungen über Wasser – also die Umwandlung des Kaufvertrags in eine Überlassung der bereits gelieferten Wassermengen in den Endstatusverhandlungen – wären dann (fast) rein finanzieller Natur und nicht mit dem israelischen Mantra der sog. „Wassersicherheit“ belastet. Nicht nur finanziell sondern auch ressourcentechnisch würde solch eine Verhandlungsposition die (nun unbezahlte) Fortführung der israelischen Wasserlieferungen als teilweisen Ausgleich für die Wasser-Diebstähle aus dem Jordan oder einem anderen gemeinsamen Becken betrachten – ein swap deal. Im Rahmen einer solchen Vereinbarung über den endgültigen Status würde



Gaza das Wasser also kostenlos oder gegen eine symbolische Gebühr geliefert, die dann zu vereinbaren wäre. Damit würde schließlich die Abhängigkeit von den Subventionen der Geberländer enden und Gaza würde endlich im Einklang mit dem Völkerrecht seinen „equitable and reasonable share“, also seinen „gerechten und angemessenen Anteil“ genießen.

Noch einmal politisch und nicht nur rein wassertechnisch betrachtet: Gaza muss bei allen wichtigen Aspekten, einschließlich des Wassers, in ein endgültiges Statusabkommen vollständig integriert werden! Der vielleicht entscheidende Vorteil für Gaza bestünde darin, dass sein Status als integraler Bestandteil des palästinensischen Territoriums und seiner Gesellschaft garantiert würde. Wenn wir also über den engen Wassersektor und seine technischen Aspekte hinausblicken, wäre die größte Errungenschaft einer solchen pragmatischen, jedoch langfristigen Lösung eine politische. Gaza ist ein Teil Palästinas! Das letzte, was Gaza braucht, ist – und dazu fatalerweise unter dem Slogan: **„Macht Gaza wassertechnisch unabhängig!“** – eine Verschärfung der grausamen und völkerrechtswidrigen israelischen Politik der Entrechtung, Isolation, Abkopplung, Bantustanisierung, permanenten Belagerung und Blockade. **Lassen wir die Menschen in Gaza nicht allein, verbinden wir Gaza erneut und machen es nachhaltig – so wie jede andere Stadt der Erde. Verbinden wir Gaza wieder – mit Wasser, mit Leben!**

VON CLEMENS MESSERSCHMID

Clemens Messerschmid ist ein deutscher Hydrogeologe und langjähriger Experte in palästinensischen Wasserprojekten, der in internationalen Publikationen und im Internet publiziert.



FOTO // URSULA MINDERMANN

Dr. Izzeldin Abuelaish in Aachen

Der Humanist

„Wie viele Kriege kann ein Mensch aushalten?“

Der Panzer traf das Kinderzimmer. Bessan, Mayar, Aya und ihre Cousine Nur waren sofort tot. **„Ich wünsche niemandem auf der Erde eine solche Erfahrung“**, sagt der Vater, der Mediziner Dr. Izzeldin Abuelaish über die Tragödie am 16. Januar 2009. **„Meine 20-jährige, von der ich so viel gelernt habe und die bereits studierte, die andere, die Ärztin werden wollte, die dritte wollte Journalistin werden. Warum wurden sie getötet, und ich habe überlebt?“** In seinem berührenden Buch „Du sollst nicht hassen“ hat er seine Lebensgeschichte niedergeschrieben: die Vertreibung der Familie in ein Flüchtlingslager in Gaza, sein Aufwachsen dort und sein Bildungshunger, der frühe Tod seiner Frau, sein Leben mit seinen acht Kindern, seine guten Kontakte zur israelischen Seite, seine Karriere als Arzt, der heute an der Universität von To-

ronto lehrt und für den seine Heimat Palästina nun in seinem Herzen lebt.

Nicht ganz, denn jedes Jahr kehrt er nach Gaza zurück, im Sommer 2014 während des erneuten Bombardements. Die Opfer tragen Namen, mahnt er. Er habe Wut und Schmerz verspürt. Abuelaish verurteilt jegliche Gewalt. Er verurteilt dieses menschengemachte Leid Krieg. **„Wie viele Kriege kann ein Mensch aushalten?“** fragt er. 50% der Bewohnerinnen und Bewohner des Gazastreifens sind unter 16 Jahre alt.

„Kein Hass“ verordnet er nicht nur sich selber. Hassgefühle seien Gift. Statt den anderen zu hassen, was einen selber zerstört, müsse man stark sein und dem Hass keine Chance geben. Man könne wütend sein, aber auf eine positive Art, des Nicht-Akzeptierens von Unrecht.

Er wehrt sich gegen eine verkürzte Darstellung des Nahostkonflikts auf eine Auseinandersetzung Hamas mit Israel. Es sei ein Konflikt zwischen dem palästinensischen Volk und dem israelischen, der gelöst werden könne. Beide seien nicht gleich. Israel sei der Besatzer und die Palästinenser seien die Besetzten. Beide, Besatzer und Besetzte, müssten befreit werden. Die Hamas sei eine Folge der Besatzung. Wenn es Freiheit für beide Seiten gäbe, gäbe es keinen Grund mehr für bewaffnete Kämpfer. Und der Arzt bemüht einen Vergleich aus der Medizin: **„Wenn Sie einen Patienten mit Krebs und Fieber haben, bekommen Sie das Fieber nicht in Griff, wenn Sie nicht auch die Grunderkrankung Krebs behandeln.“**

Die chronische Krankheit ist für ihn die Besatzung.

FOTO // URSULA MINDERMANN



Als gläubiger Muslim ist Dr. Abuelaish überzeugt, dass seine Töchter leben und mit ihm sind. Ihr Tod hat ihm einen Auftrag gegeben: **„Von dem Augenblick an, als ich meine Töchter tot sah, habe ich Gott geschworen, nicht zu ruhen.“** Glaube und Hoffnung sind für ihn Anker, aber **„Glaube und Hoffnung ohne Aktion bedeuten nichts“**. Er fordert seine Mitmenschen auf, von Selbstmitleid und Opferrolle wegzukommen und aktiv zu werden. Menschen, die denken, gänzlich ohne Fähigkeiten zu sein, ermutigt er, es doch mit einem winzigen Schritt zu versuchen. Er selber hat eine Stiftung ins Leben gerufen, durch die Mädchen aus dem Nahen Osten lernen, ihre Stimme zu erheben. In Deutschland und weltweit nimmt die Unterstützung für seinen gewaltfreien Ansatz zu.

WILTRUD RÖSCH-METZLER



FOTO // URSULA MINDERMANN

Dr. Izzeldin Abuelaish in Münster

Sonntagnachmittag in Gaza

Bericht von Abed Shokry

Gaza am 05/05/2019: Heute, am Sonntagnachmittag, wurde der Gazastreifen zur gleichen Zeit aus der Luft, aus dem Meer und mit Panzergranaten angegriffen. Eben höre ich, dass israelische Kampfflugzeuge überall im Gazastreifen Wohnhäuser bombardieren, bei einigen dieser Häuser wurden die Bewohner nicht vorgewarnt und so steigt die Anzahl der getöteten Zivilisten an. Eine ganze Familie wurde so ermordet, Vater, Mutter, im neunten Monat schwanger, ein kleines Kind und ein Bruder der Frau, der zu Besuch da war.

Die Luftangriffe hörten NICHT auf, im Gegenteil, sie nehmen zu, und aus dem Meer und aus Panzern werden ebenso Granaten abgefeuert. So ist die momentane Lage am Sonntagnachmittag, NICHT gerade beruhigend.

Im Augenblick werden Fahrzeuge oder Motorräder gezielt angegriffen. Ich höre gerade im Radio, dass ein Strandcafé bombardiert wurde und brennt. Die Feuerwehr kann das Feuer nicht löschen.

Es gibt auch auf der anderen Seite Tote und Verletzte.

Gaza am 06/05/2019: Die letzte militärische Aggression zwischen dem Gazastreifen und dem Staat Israel soll nun heute, Montag früh um 4.30 Uhr zu Ende gegangen sein. So haben wir fast zwei Tage und drei Nächte in Angst und Schrecken verbracht.

Viele Menschen mussten ihr Leben lassen. Bevor ich es vergesse, ich will nicht aufrechnen, dennoch möchte ich die folgenden Fakten auf den Tisch legen: Nach israelischen Angaben sind ca. 600 Raketen aus dem Gazastreifen abgefeuert worden. Nach Angaben von Armeesprecher Jonathan Conricus sind etwa 70 Prozent der Raketen auf offenem Feld gelandet. Der Großteil der restlichen Geschosse wurde von der Raketenabwehr abgefangen. Ebenfalls nach israelischen Angaben sollen 295 Luftangriffe und 320 Angriffe von der israelischen Marine verübt worden sein. Insgesamt macht das ca. 615 (und die Panzerangriffe sind da nicht mitgezählt, da ich keine Angaben darüber finden konnte).

In Gaza wurden dadurch 18 Wohnhäuser total zerstört, 10 weitere stark beschädigt, hunderte

Häuser wurden ebenfalls beschädigt. 58 Wohnungen sind total zerstört und ca. 310 Wohnungen weisen große Schäden auf. Dazu kommen noch Geschäfte, Schulen, Universitäten, Gerichte, Polizeistationen, Trainingslager für die Sicherheitsapparate usw.

Etwa 160 Verletzte und aktuell 29 Tote (Angabe aus der Süddeutschen Zeitung), mehrheitlich Zivilisten, darunter Kinder, und zwei schwangere Frauen. Zu Ihrer Information: Wir haben im ganzen Gazastreifen keine Schutzbunker bzw. Schutzräume für die Zivilbevölkerung. Wenn es kracht, haben wir keinen Ort, wo wir Schutz hätten finden können.

Ein ähnliches Szenario hatten wir um den 25. März herum, dieses Mal war es um den 4./5. Mai herum. Werden wir in circa vier bis sechs Wochen wieder in diese Schleife einkehren? **Gewalt und Gegengewalt, das führt zu nichts. Das führt definitiv NICHT zum Frieden.** Wir denken und ich denke, dass viele Bewohner des Gazastreifens die Nase voll vom Leben im Gefängnis haben. Wir wollen nichts Anderes als alle Menschen auf dieser Welt, wir wollen ein normales Leben haben und führen. Gaza hat viele Probleme. Die Wasserversorgung, die Stromversorgung, die sehr hohe Arbeitslosenquote, die teilweise sehr schlechte Gesundheitsversorgung. Stellen Sie sich vor, wie viele Menschen aufgrund der Angriffe medizinisch versorgt werden müssen. Das schafft kein Krankenhaus.

Das Leitungswasser bei uns in der Wohnung riecht sehr schlecht und ist dazu noch sehr salzig. Dieses Wasser macht die Wäsche dreckiger und nicht sauberer. Mit dem Wasser kann man kein Gemüse oder Obst waschen. Das ist für nichts geeignet. Man kann nur krank davon werden. Der Sommer kommt und wir brauchen Strom, mehr als nur acht Stunden am Tag.

Die Jugendlichen brauchen dringend Arbeit und vor allem Hoffnung und Perspektive, dass morgen ein besserer Tag sein wird. Das alles aber fehlt. Was ist die Alternative? Viele wollen Gaza verlassen und nicht einmal das geht bzw. gelingt. Ohne eigenen Hafen und Flughafen wird sich an unserer Lage kaum etwas verändern.

Der Staat Israel macht daraus ein großes Theater, da alles um die Sicherheit Israels geht.

FOTO // PRIVAT



Aufgrund der Geschichte kann ich das sogar verstehen. ABER wir sind auch Menschen, die das Recht auf ein „normales“ Leben haben. Das ist es, was wir wollen. Und die Welt sollte es endlich verstehen. Was erwartet man denn von Menschen, die eingesperrt leben müssen, die wie alle anderen auf der Welt nur friedlich leben möchten. Die Palästinenser sind genauso Menschen wie die Israelis und wie alle auf der Welt. Aber die Israelis zählen in der Welt mehr. Das lese und höre ich in den deutschen Nachrichten. Man findet offenbar nichts dabei, dass fünf, sechs, sieben Mal mehr Palästinenser getötet werden als Israelis. Und wenn ich das sage, wirft man mir vor, dass man die Anzahl der Toten nicht aufrechnen soll. Nein, das soll man nicht, aber man soll auch nicht eine Menschengruppe schlechter behandeln als die andere.

Einer meiner Brüder wird Gaza verlassen und hat ein Visum für die Vereinigten Arabischen Emirate bekommen. Er ist Elektrotechnik-Ingenieur und hat das Bachelor-Studium im Jahr 2014 abgeschlossen. Seitdem hatte er mal da und mal dort einen Job gehabt. Nun, seit mehr als einem Jahr findet er keine Arbeit, und so hofft er, woanders Arbeit finden zu können. Es gibt Tausende in Gaza denen es wie meinem Bruder geht. Manche versuchen dann in die Türkei zu gehen und von dort aus, wenn es klappt, nach Europa. Einige riskieren dabei ihr Leben. Gerade gestern wurde der Leichnam eines Gazaners aus der Türkei über Ägypten nach Gaza gebracht. Andere werden in der Türkei begraben.

Heute ist der erste Tag im Fastenmonat Ramadan.

Abed Shokry lebt mit seiner Familie in Gaza. Er hat in Deutschland promoviert. Im Sommer 2019 ist Shokry zwei Monate in Deutschland.

Mutmaßliche Kriegsverbrechen müssen geahndet werden

Untersuchungsbericht des UN-Menschenrechtsrates zu den Protesten in Gaza

Der freitägliche Protest der Tausenden im Rahmen des „Großen Rückkehrmarsches“ wird mit aller Brutalität seitens der israelischen Streitkräfte bekämpft. Fast jede Woche werden unbewaffnete Demonstranten erschossen, viele werden verwundet oder durch gezielte Schüsse auf ihre Knie verstümmelt. Laut einem Bericht der WHO, Weltgesundheitsorganisation der UN, vom 29. Mai 2019 wurden zwischen dem 30. März 2018 und dem 20. März 2019 277 Menschen getötet, 28.104 verwundet, 121 Palästinenser wurden die Beine amputiert, 1.246 Patienten brauchen Spezialbehandlungen, die es in Gaza nicht gibt, sodass sich die Zahl der Amputationen dieses Jahr drastisch erhöhen wird, befürchtet die WHO. Mindestens drei Kinder in Gaza werden pro Monat durch israelische Gewalt für immer körperlich behindert sein, so die WHO. Von den psychischen Schäden ganz zu schweigen.

Am 14. Juni 2019 wurde auch der ehemalige CDU-Politiker und Friedensaktivist Jürgen Todenhöfer durch ein gezieltes Gummigeschoss verwundet, was den deutschen Mainstream-Medien keine Zeile wert war. Todenhöfer hielt ein Schild hoch: **„Dear Israelis, please treat the Palestinians the same way you want to be treated.“** Laut dem Palästinensischen Zentrum für Menschenrechte wurden in der Woche zwischen dem 11. und 17. Juli 2019 bei den Protesten 74 palästinensische Zivilisten verletzt, darunter 24 Kinder, eine Frau, zwei Journalisten und ein Sanitäter. Am 19. Juli, dem 67. Protesttag des „Rückkehrmarsches“, wurden 118 Menschen verletzt, darunter 45 Kinder, zwei Frauen, drei Journalisten und vier Sanitäter.

Will man Völkerrecht und die Menschenrechtskonventionen durchsetzen, müssen mutmaßliche Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch die israelische Regierung und die israelischen Streitkräfte aufgeklärt und geahndet werden. Um die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen zu bestrafen, ist es erforderlich, dass die Mitgliedsstaaten des UN-Menschenrechtsrates, der am 18. März 2019 den Bericht über die Demonstrationen in Gaza und mögliche Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit (Report of the detailed findings of the independent international Commission of inquiry on the protests in the Occupied Palestinian Territory) angenommen hat, entsprechende Schritte einleiten. Dieser Bericht wurde nach dem gezielten Töten von 60 Palästinenser*innen am 14. Mai 2018 vom UN-Menschenrechtsrat an eine internationale Kommission in Auftrag gegeben. Während

FOTO // PCHR



74 palästinensische Zivilist*innen, darunter 23 Kinder, wurden am Freitag 12. Juli von israelischen Streitkräften z. T. schwer verletzt.

europäische Länder wie Spanien und Belgien den Beschluss mittragen, enthielt sich Deutschland. Die USA votierten gegen eine Untersuchung der Gewalt gegen Demonstrant*innen in Gaza.

Der Bericht stellt fest, dass **„der Gebrauch von tödlicher Gewalt nicht notwendig oder verhältnismäßig gewesen sei. Tödliche Gewalt sei nur dann erlaubt, wenn das Opfer eine unmittelbare Bedrohung für Leib und Leben darstellt. Die israelischen Streitkräfte haben in den meisten Fällen, die die Kommission untersucht hat, humanitäres internationales Recht verletzt; gezieltes Töten von Zivilisten, die nicht direkt an Kampfhandlungen teilnehmen, ist ein Kriegsverbrechen, und gravierende Menschenrechtsverletzungen, die stattgefunden haben, könnten ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit sein.“**

Die Kommission empfiehlt den UN-Mitgliedsstaaten **„Sanktionen wie Einreiseverbote oder das Einfrieren von Bankguthaben gegenüber jenen Personen zu erwägen, die als Verantwortliche für Menschenrechtsverletzungen identifiziert wurden, und empfiehlt den Mitgliedsstaaten der Genfer Konventionen und/oder des Römischen Statuts (Internationaler Strafgerichtshof), ihrer Verpflichtung zur strafrechtlichen Verfolgung nachzukommen und Personen festzunehmen, die beschuldigt sind, völkerrechtliche Verbrechen begangen oder sie angeordnet zu haben. Diese Personen sind entweder vor Gericht zu stellen oder an die zuständige Gerichtsbarkeit auszuliefern.“**

Bislang ist diesbezüglich nicht viel geschehen, auch weil die israelische Regierung Druck auf die UN-Menschenrechtskommissarin Michelle Bachelet ausgeübt hat. Nun drängt die Palästinensische Autonomiebehörde den UN-Menschenrechtsrat, die Unterlagen über mögliche Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit an den Internationalen Strafgerichtshof zu übergeben, wie es die Kommission empfiehlt.



Um diesen umfangreichen, über 251 Seiten langen Bericht der Kommission des UN-Menschenrechtsrates bekannt zu machen, der von den hiesigen Medien weithin verschwiegen wurde, und um Druck auf die Schweizer Regierung auszuüben, haben die Schweizer Palästina-Solidaritätsgruppen eine Petition initiiert, die am 18. Juni 2019 nach knapp drei Monaten mit 4.400 Unterschriften bei der Bundeskanzlei in Bern eingereicht wurde. Es ist zu hoffen, dass das Schweizerische Parlament im Sinne der Menschenrechte aktiv wird.

https://www.ohchr.org/EN/HRBodies/HRC/RegularSessions/Session40/Documents/A_HRC_40_74_CRP2.pdf

ANNETTE GROTH
EHMALIGE BUNDESTAGSABGEORDNETE



Deutsche und EU-Nahostpolitik

I. BUNDESTAG FÖRDT SHRINKING SPACE BEI KRITIK AN ISRAELISCHEN MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN

[] Der Bundestag hat dem Antrag „Der BDS-Bewegung entschlossen entgegengetreten – Antisemitismus bekämpfen“ zugestimmt. Der von den Bundestagsfraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am 17. Mai 2019 eingebrachte Antrag stellt fest: „Die Sicherheit Israels ist Teil der Staatsräson unseres Landes.“ Er wendet sich gegen die Boykott, Investitionsstopp und Sanktionen Bewegung (BDS): „Die Argumentationsmuster und Methoden der BDS-Bewegung sind antisemitisch.“

„Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass zahlreiche Gemeinden bereits beschlossen haben, der BDS-Bewegung oder Gruppierungen, die die Ziele der Kampagne verfolgen, die finanzielle Unterstützung und die Vergabe von kommunalen Räumen zu verweigern.“ Er fordert, „Räumlichkeiten und Einrichtungen, die unter der Bundestagsverwaltung stehen“ nicht zur Verfügung zu stellen. Die Bundesregierung soll „keine Veranstaltungen der BDS-Bewegung oder von Gruppierungen, die deren Ziele aktiv verfolgen“, unterstützen. Sie soll keine Organisationen finanziell „fördern, die das Existenzrecht Israels in Frage stellen“, die zum Boykott Israels aufrufen oder die die BDS-Bewegung aktiv unterstützen. Sie soll „Länder, Städte und Gemeinden und alle öffentlichen Akteurinnen und Akteure dazu aufrufen, sich dieser Haltung anzuschließen.“ (Drucksache 19/10191 – 2)

II. KRITIK VON EINZELNEN ABGEORDNETEN

[] Gleichzeitig berichtete der Spiegel, dass mehrere Abgeordnete den Antrag kritisierten, obwohl sie ihm zustimmten. Den CDU-Außenpolitikexperten Norbert Röttgen, Roderich Kiesewetter und Andreas Nick fehlte eine Unterscheidung zwischen legitimer Kritik an israelischem Regierungshandeln und Antisemitismus. Legitime Kritik an der Politik der israelischen Regierung dürfe nicht als vermeintlich antisemitisch diskreditiert werden. „Wir nehmen die Bedenken aus der israelischen Zivilgesellschaft in dieser Hinsicht ernst.“ Damit beziehen sich die Abgeordneten auf ein Protestschreiben von mehr als 60 jüdischen und israelischen Wissenschaftlern. Röttgen

und Co. bemängeln auch, dass der Antrag nicht zwischen Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten unterscheidet. Auch ein Boykott von Waren, die aus den völkerrechtlich illegalen israelischen Siedlungen stammen, wird damit indirekt als antisemitisch gebrandmarkt. Die Unionspolitiker bekennen sich „zur Resolution 2334 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und unterscheiden auch klar zwischen dem Gebiet des Staates Israel in den Grenzen von 1967 und den besetzten palästinensischen Gebieten“.

Auch die Spitzen der Grünen-Fraktion teilen die Bedenken der Unionspolitiker, so der Spiegel. „Der Beschluss des Bundestages darf auch nicht benutzt werden, um eine kritische und konstruktive Auseinandersetzung hier in Deutschland und vor Ort zu unterbinden“, heißt es in dem Schreiben, das vom außenpolitischen Sprecher Omid Nouripour initiiert wurde und unter anderem von den Fraktionschefs Katrin Göring-Eckardt und Anton Hofreiter mitgetragen wird. Auch die SPD-Politiker Niels Annen und Frank Schwabe haben sich der Erklärung angeschlossen. Annen ist Staatsminister im Auswärtigen Amt. Eine Gruppe von 16 Grünen-Abgeordneten um Jürgen Trittin und Claudia Roth hatte den Antrag abgelehnt. Sie kritisieren, dass der Anlass für die Gründung von BDS – die über ein halbes Jahrhundert währende Besetzung – im Antrag nicht erwähnt werde. Es fehle „jedes Bekenntnis zum Schutz und zur Verteidigung der Meinungsfreiheit“. Außerdem fürchten sie, dass entwicklungspolitische Projekte in Palästina in Frage gestellt werden könnten.

III. SCHWERWIEGENDE FOLGEN

[] „Die schwerwiegenden Folgen des Beschlusses treten bereits zutage“, schreibt Amos Goldberg, Professor an der Hebräischen Universität Jerusalem und Spezialist für die Erforschung des Holocaust. Die deutsche Bank für Sozialwirtschaft kündigte der Organisation „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost“ das Konto, weil sie zu dem Schluss kam, dass diese Juden wegen ihrer Unterstützung von BDS eigentlich selbst Antisemiten seien.

Der Leiter des Jüdischen Museums Berlin, Professor Peter Schäfer, einer der weltweit angesehensten Judaisten, musste zurücktreten, nachdem die israelische Botschaft und Vorsitzende jüdischer

Organisationen, flankiert von israelischen Medien und deutschen Publizisten, ihm vorgeworfen hatten, „antijüdisch“ zu sein. Das Museum hatte gewagt, auf den Aufruf von 240 jüdischen und israelischen Wissenschaftlern an die Regierung hinzuweisen, dem Bundestagsbeschluss nicht zu folgen. „Ich war einer der Initiatoren des Aufrufs und bin entsetzt darüber, wie mit Professor Schäfer verfahren worden ist“, schreibt Goldberg.

„Dies ist die Spitze des Eisbergs. Palästinensern ist es verboten zu protestieren, Wissenschaftler, die im Verdacht stehen, mit BDS zu sympathisieren, werden nicht zu Konferenzen eingeladen, und der renommierte Historiker David N. Myers, der sich öffentlich gegen BDS gestellt hat, wird nicht in den Beirat des Jüdischen Museums Berlin aufgenommen, weil er dem New Israel Fund vorsteht, der auch kritische israelische NGOs unterstützt und dabei keinerlei Verbindung zu BDS hat. Ich warne meine Freunde in Deutschland wegen unserer Erfahrungen in Israel: Es steht noch mehr Ärger bevor, falls Sie die Grundsätze der Demokratie, die Meinungsfreiheit und eine prinzipientreue Außenpolitik nicht energisch verteidigen.“

AUSWÄRTIGES AMT ZUM JAHRESTAG DER MASSENPROTESTE IN GAZA

[] Das Recht auf friedlichen Protest müsse in Gaza ebenso gelten wie anderswo, hat das Auswärtige Amt anlässlich des 1. Jahrestages der Gaza-Proteste erklärt, „unabhängig davon, ob der Protest gegen die Abriegelung des Gaza-Streifens oder die Politik der De-facto-Regierung im Gaza-Streifen gerichtet ist.“

Gleichzeitig ist klar: Dieses Recht darf nicht – wie wir dies immer wieder gesehen haben – zum Vorwand für Hetze genommen oder missbraucht werden, um Gewalt aus der Menge heraus zu üben oder Gewaltakte zu legitimieren. Das gilt auch für die so genannten Branddrachen oder Feuerballons, die massiven Schaden anrichten und Menschen gefährden.

Der Schutz der Zivilbevölkerung gilt für alle Menschen, egal auf welcher Seite der Sperranlage. In den kommenden Stunden und Tagen muss es darum gehen, eine Eskalationsspirale zu verhindern, die – einmal in Gang gekommen – kaum einen Ausweg mehr lässt.

LOBBYISMUS

■ Pro-israelische Lobbygruppen wie die Initiative „Freunde Israels“ versuchen, entgegen dem UN-Untersuchungsbericht, ein anderes Narrativ über den Großen Rückkehrmarsch zu etablieren. Sie stellen Palästinenser*innen, die sich daran beteiligen, als gewalttätig dar, als Kombattanten, die aktiv gegen die israelischen Soldaten kämpften, bevor sie erschossen oder angeschossen wurden. Sie wenden sich an Abgeordnete in ganz Europa und schildern die Gewalt der israelischen Armee gegen die Demonstrant*innen, als Antwort auf palästinensische Aktionen, die maximale Gewaltanwendung erfordern, warnt das britische EuroPal Forum.

IRLAND WILL KEINE SIEDLUNGSPRODUKTE MEHR

■ Der irische Senat hat einen Gesetzentwurf angenommen, nachdem keine Produkte, Dienstleistungen oder Rohstoffe aus den völkerrechtswidrigen Siedlungen im besetzten Palästina mehr bezogen/verkauft werden dürfen. Begründung: Die EU und andere verurteilen immer wieder Besatzung und illegalen Siedlungsbau – tun aber nichts dagegen. Kurz vor der Sitzung hatte u.a. Roger Waters öffentlich und massiv dafür geworben, das Gesetz zu verabschieden.

DEUTSCHES UNTERNEHMEN BOMAG IN SIEDLUNGEN TÄTIG

■ Obwohl das Auswärtige Amt vor einer wirtschaftlichen Tätigkeit im besetzten Palästina warnt, finden sich immer wieder deutsche Firmen, die in den völkerrechtswidrigen Siedlungen tätig sind. „Who profits“ weist auf die Firma Bomag in Barkan hin. BOMAG mit Sitz in Hellerwald ist Weltmarktführer im Bereich der Verdichtungstechnik und produziert Maschinen für die Verdichtung von Erde, Asphalt und Müll. Maschinen der Firma werden für den Siedlerstraßenbau eingesetzt.

EHEMALIGE AUSSENMINISTER SCHREIBEN AN EU

■ Mehr als 35 ehemalige EU-Außenminister haben einen Appell an die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini zur Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts gesandt. Sie warnen, Israel und die besetzten palästinensischen Gebiete würden in Richtung einer Ein-Staat-Realität mit ungleichen Rechten schlittern. In Vorwegnahme des US-Plans „glauben wir, dass Europa nochmals offiziell die international akkordierten Parameter der Zwei-Staaten-Lösung bestätigen sollte.“

DEUTSCHER UN-BOTSCHAFTER KRITISIERT US-NAHOSTPOLITIK

■ Der deutsche UN-Botschafter Christoph Heusgen hat die Nahostpolitik der Vereinigten Staaten wieder-

um scharf kritisiert. Die Vereinigten Staaten unter Führung von Präsident Donald Trump würden sich einerseits auf einige internationale Vereinbarungen berufen, etwa auf Resolutionen im Konflikt mit Nordkorea. Auf der anderen Seite aber hätten die USA den internationalen Konsens verlassen, wenn es etwa um die Resolution zur Verurteilung des israelischen Siedlungsbaus gehe. Mittlerweile sei sogar die Rede von einer möglichen Annektierung von Teilen des Westjordanlands. „Wir sind extrem beunruhigt“, sagte Heusgen. Deutschland werde keine territorialen Veränderungen akzeptieren – das gelte auch für den Status Jerusalems. Zudem zeigte sich Heusgen besorgt über den Abriss palästinensischer Häuser in Ost-Jerusalem durch die israelische Armee.

AA ZUM ABRISS PALÄSTINENSISCHER HÄUSER IN OSTJERUSALEM

■ „Deutschland, Frankreich, Spanien und das Vereinigte Königreich verurteilen den Abriss palästinensischer Gebäude durch Israel im Bezirk Wadi al Hummus im Südosten von Jerusalem scharf. Wir sind nach wie vor tief besorgt über die fortwährenden Abrisse palästinensischer Gebäude durch israelische Behörden. Der Abriss von Gebäuden in besetzten Gebieten verstößt – außer in seltensten Ausnahmefällen – gegen das humanitäre Völkerrecht und Resolutionen des UN-Sicherheitsrats. Ein solches Vorgehen verursacht unnötiges Leid für palästinensische Zivilisten und schadet dem Friedensprozess. In diesem spezifischen Fall waren die Abrisse besonders schwerwiegend, da sich einige der Gebäude in A- und B-Gebieten befanden, die nach den Oslo-Abkommen der Hoheitsgewalt der Palästinensischen Behörde unterstehen. Daher handelt es sich um einen Verstoß gegen diese Abkommen. Die Abrisse stellen einen gefährlichen Präzedenzfall dar, der die Zwei-Staaten-Lösung unmittelbar gefährdet.“

VERMISCHT KRITIK AN ISRAEL NICHT MIT ANTISEMITISMUS

■ Die Bekämpfung des Antisemitismus sollte nicht dafür instrumentalisiert werden, legitime Kritik an der israelischen Besatzung und an schweren Verletzungen palästinensischer Menschenrechte zu unterdrücken, heißt es in einem Brief von über 30 israelischen Wissenschaftler*innen an die EU. Mehrere Beispiele der Antisemitismusdefinition der Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken (IHRA) würden sich auf harsche Kritik an Israel beziehen. „Im Ergebnis kann die Definition gefährlich instrumentalisiert werden, um Israel Immunität gegen Kritik an schwerwiegenden und verbreiteten Menschen- und Völkerrechtsverletzungen zu verschaffen – Kritik, die für legitim erachtet wird, wenn sie sich gegen andere Länder richtet. Das schreckt jedwede Kritik an Israel ab.“ Die Wissenschaftler*innen, darunter die Soziologin Eva Illouz und der Israel-Preisträger Zeev Sternhell,

kritisieren auch eine Gleichsetzung von Antizionismus mit Antisemitismus. „Zahlreiche Opfer des Holocaust waren gegen den Zionismus. Demgegenüber unterstützten viele Antisemiten den Zionismus. Es ist unsinnig und unangemessen, Antizionismus automatisch mit Antisemitismus gleichzusetzen.“

EU-FINANZIERUNG FÜR ISRAELISCHE RÜSTUNGSUNTERNEHMEN

■ Die EU fördert seit vielen Jahren sicherheitsrelevante industrielle Forschung. Das Geld europäischer Steuerzahler*innen wird unter dem Deckmantel der Forschung und dem Versprechen, dass die entwickelten Technologien und Techniken ausschließlich für zivile Zwecke verwendet werden, an Militärunternehmen, darunter zahlreiche israelische Unternehmen, weitergeleitet. Eine Möglichkeit, wie Waffen- und Militärunternehmen Zugang zu EU-Finanzmitteln erhalten, ist das derzeitige EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation, Horizont 2020, an dem mehrere israelische Militärunternehmen beteiligt sind, denen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgeworfen wurden.

INTERESSANTE ALGORITHMEN FÜR ANTISEMITISMUSBEAUFTRAGTEN

■ Felix Klein, Antisemitismusbeauftragter der Bundesregierung, strebt eine engere Zusammenarbeit mit israelischen Behörden bei der Internetüberwachung an. In einem Interview im Bayerischen Rundfunk sagte er vor seiner ersten offiziellen Reise nach Israel: „Ich erwarte mir auch ganz konkrete Vorschläge und Projekte, die wir aus meinen eigenen Konsultationen bekommen und es geht vor allem um Bekämpfung von Antisemitismus im Internet; da hat die israelische Seite sehr interessante Algorithmen und andere Maßnahmen entwickelt, an denen wir uns orientieren wollen, und da versuchen wir gemeinsam mit den Israelis zusammen ganz konkrete Tools zu entwickeln.“

SCHEIDENDER FRANZÖSISCHER BOTSCHAFTER IN USA NENNT ISRAEL „APARTHEIDSTAAT“

■ Gérard Araud, Frankreichs scheidender Botschafter in den USA, nannte Israel in einem Abschiedsinterview mit dem „Atlantic Magazine“ einen „Apartheidstaat“ und kritisierte den kommenden Nahostplan von US-Präsident Trump, wie er berichtete. Der Plan sei zum Scheitern verurteilt. Israels Dilemma, so Araud, bestehe darin, die „schmerzhafteste Entscheidung“ zu treffen, ob man die Palästinenser „völlig staatenlos“ machen oder sie zu Bürgern Israels machen will. Aber letztendlich, sagte er, sei Israel „extrem zufrieden“ mit dem Status quo, was ihnen erlaube, diese Entscheidung zu vermeiden.

Palästina nahe Solidaritätsgruppen sollen mundtot gemacht werden

Die Befürworter*innen des Antrags „Der BDS-Bewegung entgegenzutreten – Antisemitismus bekämpfen“ von Union, SPD, Grünen und FDP bekannten sich bedingungslos zum Existenzrecht des Staates Israel, das angeblich durch die in Palästina entstandene und in vielen Ländern unterstützte gewaltfreie BDS-Bewegung gefährdet sei. Die Entschließung des Bundestages setzt eine besorgniserregende Entwicklung in Gang. Sachliche Aufklärung für einen gerechten Frieden und die Beendigung der israelischen Besatzung unter Einhaltung von Menschen- und Völkerrecht werden pauschal als israelkritisch und antisemitisch eingestuft. Es ist erkennbar, dass damit die palästinanahen Solidaritätsgruppen mundtot gemacht werden sollen.

Dass die unterdrückte palästinensische Zivilbevölkerung mit ihrer gewaltfreien BDS-Aktion das Ende der Besatzung und nicht die Zerstörung des Staates Israel anstrebt, wird von den Verfechter*innen des Antrags nicht erwähnt. Selbst der Appell prominenter israelischer Wissenschaftler*innen, den Antrag abzulehnen, wurde ignoriert. Ausgeblendet blieb die menschenverachtende Politik der israelischen Regierung und ihrer Militärverwaltung: völkerrechtswidrige Besatzung und Annektierung, Beschlagnahme von Grund und Boden, Bau von völkerrechtswidrigen jüdischen Kolonien, Zerstörung von Häusern, Vertreibung von Familien, nächtliche Razzien, Verhaftungen und Inhaftierung von Kindern. Dagegen wurde betont, Israel sei doch die einzige Demokratie im Nahen Osten, als hätte die israelische Regierung deshalb eine Legitimation für permanenten Bruch des Völkerrechts.

Spätestens seit der Verabschiedung des Nationalstaatsgesetzes in 2018 hätten unsere Volksvertreter*innen wissen müssen, dass Israel sich davon verabschiedet hat, demokratisch zu sein. Israel ist ein rein jüdischer Staat geworden und infolgedessen kein demokratischer mehr. Henry Siegmann, früherer Direktor des amerikanischen jüdischen Kongresses sagt, dass Israel „**die Schwelle von der einzigen Demokratie im Nahen Osten zum einzigen Apartheidregime in der westlichen Welt**“ überschritten hat. Mit der Ablehnung der Zwei-Staaten-Lösung hat Israel entschieden, dauerhaft Besatzungsmacht zu bleiben, was Israel mehr schadet als BDS. Die bewusst vorgenommene undifferenzierte Betrachtung, alles, was israelkritisch sei, richte sich gegen das Existenzrecht des Staates Israel und sei infolgedessen antisemitisch, zeigt deutlich, wie der Antisemitismus, den es zu bekämpfen gilt, nicht nur in Israel, sondern auch von der Mehrheit im Bundestag instrumentalisiert wird. Gideon Levy kritisiert die Resolution zutreffend: „**Deutschland, Schande über euch und eure Anti-BDS-Lösung.**“

NAZIH MUSHARBASH
DPG-PRÄSIDENT

Nur ein drastischer Paradigmenwechsel beendet Fatah-/ Hamas-Spaltung

Seit zwölf Jahren bekämpfen sich die palästinensischen Bewegungen Fatah und Hamas. Und inzwischen steht fest: Die Palästinenser*innen haben es trotz aller Bemühungen und Vermittlungsversuche der arabischen Herrscher und zahlreicher Versöhnungsküsse zwischen Fatah- und Hamas-Funktionären nicht geschafft, ihre politische, soziale und geografische Spaltung zu überwinden. Schlimmer noch, die Gräben zwischen beiden Bewegungen sind heute tiefer als jemals zuvor.

Beide haben ihre fraktionsinternen Interessen über die Interessen des Volkes gestellt. In beiden Bewegungen hat sich jeweils eine einflussreiche Minderheit herausgebildet, die die Spaltung gewinnbringend für sich instrumentalisiert und alles daran setzt, diese auch aufrecht zu erhalten. Unter der herrschenden Agenda im palästinensischen politischen System ist eine Wiederherstellung der nationalen Einheit eine fast unmögliche Aufgabe geworden. Zu sehr basiert dieses System auf Alleinherrschaft und Ausgrenzung des Anderen.

Ein Ausweg kann nur durch einen drastischen Paradigmenwechsel – sowohl im politischen System als auch im Staatswesen – gelingen. Dieser kann in fünf Schritten realisiert werden: Die Trennung der Aufgabenbereiche der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ (PA) von denen der Palästinensischen Befreiungsbewegung (PLO). Die PA vertritt die Interessen jenes Teils des palästinensischen Volkes, das in den Gebieten von 1967 lebt. Die PLO ist die Vertreterin der Gesamtinteressen – sowohl der politischen wie auch außenpolitischen. Infolgedessen ist sie auch für die Verhandlungen über eine friedliche Lösung mit Israel zuständig.

Das politische System wird vom derzeitigen präsidentialen zu einem parlamentarischen System umgewandelt. Dabei wird das Präsidentenamt der PLO von dem Ehrenpräsidentenamt der PA getrennt. Palästina wird ein Föderationsstaat mit vier Bundesstaaten: Gaza, Nord-Westbank, Süd-Westbank und Ostjerusalem. Und zwar mit einem Bundesvertrag, ähnlich wie in der Bundesrepublik Deutschland, mit Finanzausgleichabkommen und Bundesrat.

Die Wahlen im Bundesstaat Palästina und in den Bundesländern werden nach dem Verhältniswahlrecht mit einer niedrigen Sperrminorität (bis 1%) durchgeführt. Dies gibt allen politischen und gesellschaftlichen Gruppen die Möglichkeit, beim Aufbau des Staates und bei der Entwicklung einer pluralistischen, säkularen Gesellschaft mitzuwirken und die Einheit des Volkes voranzutreiben.

Die militärischen Arme der Widerstandsbewegungen werden in nationale Verteidigungskomitees, die den Innenministerien der Bundesländer unterstehen, integriert. Palästina wird zudem, nach einem Friedensvertrag mit Israel, ein waffenfreier Staat ähnlich wie Costa Rica.

Wenn ein solcher Paradigmenwechsel nicht gelingt, wird die Abwärtsspirale weiter gehen. Palästina wird in einem militärischen, politischen und gesellschaftlichen Chaos enden, in das alle Beteiligten, Palästinenser*innen, Israelis und die arabischen Nachbarn, hineingezogen werden.

RAIF HUSSEIN
POLITIKWISSENSCHAFTLER

BERLIN

Gisela Siebourg
berlin@dpg-netz.de

COTTBUS

Linda Kokaly-Janßen und
Anton-Günther Janßen
cottbus@dpg-netz.de

NORDRHEIN-WESTFALEN (SÜD)

Dr. Martin Breidert
nrw@dpg-netz.de

KÖLN UND UMGEBUNG

Petra Schöning
koeln@dpg-netz.de

DÜSSELDORF

William Hodali
duesseldorf@dpg-netz.de

HAMBURG UND UMGEBUNG

Dr. Dieter und Eva Lehmann
hamburg@dpg-netz.de

HANNOVER

Hans Norden
hannover@dpg-netz.de

FRANKFURT/MAIN

Khalil Toama
frankfurt@dpg-netz.de

TRIER

Hazem Shehada
trier@dpg-netz.de

OLDENBURG/ OSTFRIESLAND

Isam Elkorhaly
oldenburg@dpg-netz.de

RUHRGEBIET

Dr. Ribhi Yousef
ruhrgebiet@dpg-netz.de

OSNABRÜCK UND UMGEBUNG

Johann Weng
osnabrueck@dpg-netz.de

BREMEN

Dr. Detlef Griesche
bremen@dpg-netz.de

KASSEL

kassel@dpg-netz.de

GÖTTINGEN

Ekkehard Drost
goettingen@dpg-netz.de

Aktivitäten

GRATULATION

Die DPG hat der Jüdischen Stimme für Gerechten Frieden in Nahost zur Verleihung des Göttinger Friedenspreises gratuliert. Ebenso bedankte sie sich bei „den friedensliebenden und aufrichtigen Aktivisten, die sich dafür mit Kraft und Mut eingesetzt haben“, dass der Preis der Stiftung Dr. Roland Röhl am 9. März 2019 verliehen werden konnte. Der Göttinger Friedenspreis sollte v.a. auf Druck des Zentralrates der Juden in Deutschland und einiger FDP-Politiker ausgesetzt werden.

BONN: VORTRAG ZU ISRAELS RECHTEN FREUNDEN

„Israels rechte Freunde in Europa und den USA.“ Dieser Vortrag von Shir Hever zum wachsenden Einfluss rechter evangelikaler Christen auf die amerikanische Nahost-Politik und der zunehmenden Unterstützung der israelischen Politik durch die extreme Rechte in Europa musste um zehn Tage verschoben werden. Der Wirtschaftswissenschaftler Shir Hever war eingeladen von der Palästinensischen Gemeinde Deutschland – Bonn, der Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost e.V., der Bonner Jugendbewegung, der BDS Gruppe Bonn und der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft NRW-Süd. Der Vortrag wurde Ziel eines Netzwerks von Israel-Nationalisten, das bundesweit seit Jahren Veranstaltungen der mit Palästina solidarischen Zivilgesellschaft mit Antisemitismus-Verleumdungen überzieht. Damit setzte es den Bonner Oberbürgermeister und die Eigentümer der Veranstaltungsräume unter Druck.

NEUER VEREIN

Rund 30 Akademiker deutsch-palästinensischer Herkunft haben in Hattingen den Verein „Union der deutsch-palästinensischen Ingenieure NRW e.V. (UDPI-NRW) gegründet. Der Verein hat den Zweck, neben dem Erfahrungs- und Wissensaustausch bzw. Technologietransfer den Zusammenschluss von Ingenieuren palästinensischer Abstammung in NRW herbeizuführen und die bilateralen Beziehungen und die Völkerverständigung zwischen Deutschen und Palästinensern zu fördern, sowie die palästinensische Kultur in NRW integrativ zu pflegen. Als weiteres Ziel verfolgt der Verein, die Jugendlichen in ihrer schulischen und beruflichen Perspektivbildung durch Informationsveranstaltungen zu unterstützen. www.udpi-nrw.com

BREMEN: VORTRAG ZU KRITIK AN DER ISRAELISCHEN POLITIK

In Bremen hat ein Vortrag zum Thema: *Ist Kritik an der Politik des Staates Israel antisemitisch?* stattgefunden. Referent Martin Breidert, Pfarrer im Ruhestand und Mitglied im Bündnis gegen die israelische Besatzung (BIB), hatte sich in der Vergangenheit auch für BDS eingesetzt. Unabhängig davon hatte das Thema des obigen Vortrags aber keinen Bezug zu Thematik BDS. „Hier wurde offenkundig, worum es geht: jegliche Kritik an der völkerrechtswidrigen Politik der israelischen Regierung im Kern zu unterdrücken,“ heißt es bei den Veranstalter*innen. Der dennoch in Bremen gehaltene Vortrag von Martin Breidert ist nachzulesen auf der Webseite des AK Nahost <http://nahost-forum-bremen.de>

DETLEF GRIESCHE

MÜNCHEN: LEERER STUHL, VOLLES HAUS

300 Menschen kamen an einem tropisch-heißen Mittwochabend in die Münchner Freizeithalle, um zuzuhören und mitzudiskutieren. Ein Stuhl blieb leer, reserviert für den Münchener Stadtrat. Laut Andreas Zumach keine Überraschung. In den letzten Jahren seien deutschlandweit in 120 Fällen bei ähnlichen Veranstaltungen Angebote gemacht worden, ins Gespräch zu treten. In allen Fällen abgelehnt. Die Lösung diesmal: Ein Schauspieler las Zitate eines Interviews mit dem Münchener Stadtrat Marian Offman (CSU). Hier wurde aus der Not eine Tugend, die für Erheiterung sorgte. So erklärt Offman persönlich, warum er durch Abwesenheit glänzte: „Ich meine, warum werden wir als Stadt immer in diese Diskussion hineingezogen? Warum muss ich mich immer damit auseinandersetzen? Man versucht, mich dann auch einzuladen, zu solchen Veranstaltungen auf das Podium, um das irgendwie zu legitimieren. Ich mach' das natürlich nicht.“

Warum sollte ein Stadtratsmitglied auch den Bürger*innen seiner Stadt Rede und Antwort stehen? Mehrere Podiumsteilnehmer hatten mit sich gerungen, kamen letztlich aber doch. Die Freizeithalle, ein privater Träger, machte keinen Rückzieher. Das allein muss als mittelgroßer Erfolg gefeiert werden, in einem Klima, in dem ein Verbot zivilgesellschaftliches Engagement erschwert.

Gekürzt aus:

MANDY TRÖGER: LEERER STUHL, VOLLES HAUS: MEDIENFREIHEIT UND „DAS KARTELL DES SCHWEIGENS“, <https://medienblog.hypothesen.org/6077>

FOTO // URSULA MINDERMANN



Protest in Wadi Hummus. Die Besatzungsmacht hatte die Eigentümer der Wohnungen aufgefordert sie bis zum 18. Juli eigenhändig zu zerstören, weil ihnen sonst die Kosten für die Zerstörung auferlegt werden. Am 22. Juli begannen Soldaten 70 Wohnungen in zehn Gebäuden zu zerstören.

DPG VERURTEILT HAUSZERSTÖRUNGEN

Die DPG hat Bundesaußenminister Heiko Maas aufgefordert, anlässlich der Hauszerstörungen in Wadi Hummus die „**grausame und diskriminierende Politik des Abrisses von Häusern und der Vertreibung**“ zu verurteilen. In dem offenen Brief an Bundesaußenminister Maas, heißt es: „**nur kurze Zeit nachdem das Oberste Gericht ‚zu nah‘ stehende palästinensische Häuser an der völkerrechtswidrig gebauten Isolationsmauer als ‚Gefährdung‘ erklärt hatte, begann das israelische Militär mit der seit 1967 größten Aktion von Häuserzerstörungen. Diese Zerstörungen stellen einen eklatanten Verstoß gegen das Völkerrecht dar und sind Teil eines systematischen Planes der israelischen Behörden, Palästinenser in den besetzten Gebieten mit Gewalt zu vertreiben. Solche Aktionen sind Kriegsverbrechen.**

Die israelische Militärverwaltung und die israelische Regierung versuchen, diese Zerstörungen unter dem Deckmantel der Sicherheit zu rechtfertigen, indem sie behaupten, die Häuser seien zu nahe an der Mauer/dem Zaun, doch dies hält einer Prüfung nicht stand. Die Wahrheit ist, dass die israelischen Behörden seit Jahrzehnten willkürliche und unverhältnismäßige Maßnahmen im Namen der Sicherheit ergriffen haben, um ihre Kontrolle über palästinensisches Land auszudehnen und Palästinenser aus Gebieten zu vertreiben, die sie als strategisch erachten, ganze Gemeinden wie in Silwan und in Wadi Alhumms gewaltsam zu vertreiben und zehntausende Häuser illegal zu zerstören.

Israel muss seine grausame und diskriminierende Politik des Abrisses von Häusern und der Vertreibung sofort beenden. Die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft verurteilt auf das schärfste diese Zerstörungen und erwartet eine entsprechende Verurteilung der Bundesregierung. Die DPG kann nicht akzeptieren, dass mit der besonderen Verantwortung Israel gegenüber solche Zerstörungen und Vertreibungen gerechtfertigt werden.“

NAZIH MUSHARBASH, DPG-PRÄSIDENT

DPG-STUDENTAGUNG 2020

Die nächste DPG-Tagung findet vom **19. bis 21. Juni 2020** im Koptisch-Orthodoxen Kloster in Höxter-Brenkhausen statt. Die Veranstaltung wird sich mit der Ausarbeitung von neuen Strategien als Reaktion auf die Herausforderungen in Deutschland und die Probleme in Palästina beschäftigen. Referent*innen aus Deutschland, Palästina und Israel werden im Hinblick auf die aktuelle Situation die Auswirkungen darstellen.

NAZIH MUSHARBASH, DPG-PRÄSIDENT

ERFRISCHUNGSGETRÄNK AUS PALÄSTINA

„**Vielen Menschen dürfte es noch nicht bekannt sein, dass die Kaktusfeige eine sehr gesunde Frucht ist, die sich zwischenzeitlich aber immer mehr zu einem Trendsetterprodukt und ‚Superfood‘ entwickelt**“, erläutert Ursula Mindermann. Kaktusfeigen sind hervorragend zur Leistungssteigerung und zur Verbesserung des Allgemeinzustandes geeignet. Darüber hinaus sind sie ein schnell verfügbarer Energiespender, insbesondere für Sportler*innen sowie bei geistiger Anstrengung. Außerdem verleihen die harmonisch ausgewogenen Inhaltsstoffe der Kaktusfeige und die schnell verfügbaren Zucker, Aminosäuren und Mineralstoffe dem Fruchtensaft einen ausgesprochenen Wohlgeschmack und natürliche Süße.



FOTO // URSULA MINDERMANN

Zwei Sorten SAHBER Erfrischungsgetränke, das ursprüngliche Erfrischungsgetränk aus Kaktusfeige und die Verfeinerung mit Limettensaft, sind jetzt im Handel erhältlich und online bestellbar

SAHBER Erfrischungsgetränk ist ein ehrenamtliches Projekt, das von Dipl.-Ing. Ursula Mindermann von „Mindermann Augenoptik am Baßfeld“ in Telgte, Fouad el Haj vom Verein „Palästinensische Stimme e.V.“, der DPG und dem Pianisten Aeham Ahmad unterstützt wird. Bauern und deren Familien und die „women cooperative“ in Beit Ummar erhalten faire Löhne und eine wirtschaftliche Perspektive.

Projektinfos: www.sahber-kaktusfeige.com
Haben Sie Interesse, die Produkte in das Warenassortiment eines eigenen Einzelhandels oder in die Getränkekarte eines gastronomischen Betriebes aufzunehmen, wenden Sie sich bitte an Ursula Mindermann <u.mindermann@web.de>
Hier können Sie das Erfrischungsgetränk bestellen: www.nabalifairkost.com

Das DPG-Präsidium Ursula Mindermann, Gisela Siebourg, Ribhi Yousef, Nazih Mushabash und Detlef Griesche mit zwei der Referenten, Dr. Mustafa Barghouti (5. von links) und Hama-deh Faraneh auf der DPG-Tagung.



Aktivitäten

Von der Pflicht, die Besatzung zu kritisieren – Mogelpackung Trump-Plan

INTERNATIONALE DPG-TAGUNG ZU PALÄSTINA

„Palästina im Fokus der regionalen und internationalen Politik“ lautete das Thema der DPG-Tagung im Juli 2019 in Höxter mit dem Chefredakteur der israelischen Zeitung Haaretz Gideon Levy und dem Generalsekretär der Palästinensischen Nationalen Initiative Mustafa Bargouthi. Erstmals war auch eine Gruppe junger Palästinenser*innen aus der Westbank und Gaza mit dem Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Ramallah, Marc Frings, anwesend.

Gideon Levy bekräftigte die Position, dass die Deutschen nicht nur das Recht, sondern die Pflicht hätten, die Besatzung zu kritisieren, schließlich hätten sie eine „spezielle Verantwortung, gerade auch wegen des Holocausts“. Er forderte eine neue Strategie: das Undenkbare denken – eine Demokratie mit gleichberechtigten Bürger*innen. Aber die Situation werde sich nicht von innen heraus ändern, sondern nur durch drakonische und spürbare Maßnahmen seitens der Staatengemeinschaft.

Zwei Lügen gelte es aus der Welt zu schaffen. Die erste, die Besatzung sei temporär. Nach 52 Jahren Besatzung müsse man erkennen, dass die Besatzung bestehen bleibt. Die zweite Lüge ist, dass Israel eine Demokratie ist. „**Es ist mit der Demokratie wie mit einer Schwangerschaft. Man kann nicht halb schwanger sein. Man kann nicht eine Demokratie nur für einen Teil des Landes sein.**“ Israel habe eine liberale Demokratie für jüdische Israelis, eine diskriminierende gegenüber den arabischen Einwohner*innen Israels und eine Militärherrschaft gegenüber den Palästinensern. „**Der Tag an dem Israel sagt, es ist nicht für gleiche Rechte, an dem erklärt sich Israel zum Apartheidstaat.**“

Erstmals in der Welt werde durch diese ideologische Manipulation der Besatzer geschützt

und die Besetzten angegriffen. Letztlich: Da alle UNO-Resolutionen ohne Konsequenzen blieben, bleibe nur die konkrete gewaltfreie Aktion.

Der zweite Referent, **Mustafa Bargouthi**, Arzt, Bürgerrechtler, Politiker, Gründer der International Solidarity Movement (ISM), setzte sich mit dem Trump-Plan auseinander. Alle aktuellen bekannten Vorschläge des groß angekündigten Friedensplans des amerikanischen Präsidenten seien im Kern in einem Buch Netanjahus von 1994 „Platz unter der Sonne“ nachzulesen. Bargouthi charakterisierte den Trump-Plan, als „Deal des Friedhofs“, der weder einen palästinensischen Staat ermöglicht noch Frieden, hingegen eher die „Erfüllung der zionistischen Ideen und Liquidation aller palästinensischer Rechte und Pläne“ und eine partielle ethnische Säuberung und den Versuch der Zerstörung palästinensischer Identitäten mit sich bringe.

Schon die Konferenz in Bahrain 2019, die als wirtschaftliche Möglichkeit zur Problemlösung angepriesen wurde, zeigte sich bei genauerer Analyse als Täuschung und würde letztlich zur Liquidierung Palästinas führen. Sie diene eher als Ansatz zur Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und den arabischen Staaten. Die Palästinenser hätten die Konferenz aus gutem Grund boykottiert. Untersuche man die erstaunlich hohe Summe von 50 Milliarden Dollar, die über zehn Jahre aufgebracht werden sollen, zeige sich eine Mogelpackung: 25,3% seien Darlehen, 13,3% Spenden, 11,4% sollen aus der Privatwirtschaft kommen. 44% der Summe soll nach Jordanien, Ägypten und Libanon fließen, 56% zu den Palästinensern. Es blieben also auf zehn Jahre umgerechnet pro Jahr 744 Millionen Dollar für die Palästinenser*innen – ungefähr das, was sie bislang als Entwicklungshilfe bekämen.

Der Plan beinhalte u.a. die endgültige Annexion Jerusalems und des Golan, die Erledigung

des Rückkehrrechts, die Zerstörung der UN-RWA, die Ausdehnung der Siedlungen zu Städten, die Integration von Gaza nach Ägypten und Teile der Westbank zu Jordanien.

Den ca. 160.000 Palästinenser*innen in Deutschland empfahl er, sich besser zu organisieren, und der deutschen Solidaritätsbewegung ein anderes Narrativ: keine Zeit verschwenden mit Diskussionen über Ein- oder Zweistaatenlösung, sondern über Menschenrechte reden. Es sei sinnvoller, mit Abgeordneten und Medienvertretern zu reden, als nur Briefe zu schreiben und Resolutionen zu verfassen.

Marc Frings, der Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Ramallah, formulierte vier Kernbotschaften **1.** Es gibt keinen Status quo, sondern eine tagtägliche Verschlechterung der Lage der Palästinenser*innen, **2.** Es gibt keinen Friedensprozess, nicht mal einen Dialog, **3.** Es gibt keine politische Debatte in Palästina – die Interessen verlagern sich zu Fragen des Überlebens und des Arrangements, **4.** Es gibt keine Strategie der Staatengemeinschaft. Es findet nicht Politik, sondern Management statt, um die Lage nicht zu verschlechtern, aber nicht sie zu verbessern. Laut Umfragen der KAS zeige sich, dass die Bevölkerung nicht damit rechnet, dass sich in den nächsten Jahrzehnten etwas für sie positiv verändert. 70% der Bevölkerung sind 30 Jahre und jünger und nur 4% über 80 Jahre alt. Die Erfahrung von Besatzung und hoher Arbeitslosigkeit wirft die Frage auf: **Wo hin wird sich die Jugend unter diesen Bedingungen entwickeln? Wird letztlich Gewalt die einzige Option werden, wenn sich nichts ändert?**

Neben den Versuchen des direkten Kontakts zu Abgeordneten und Medienschaffenden schlugen die **jungen Palästinenser*innen** vor, konkret drei Dinge zu tun:

- 1.** Alle drei Millionen in Deutschland laut Umfragen mit der Sache der Palästinenser sympathisierenden und sie unterstützenden Menschen könnten 1x pro Woche 1 Brief an ihren Abgeordneten/Medienschaffenden mit Informationen schreiben,
- 2.** Fünf Personen im eigenen Umfeld für diesen Prozess gewinnen und
- 3.** Zehn Euro pro Monat in einen gemeinsamen Topf spenden! So könne man gegen die bestens ausgestattete Israelloobby etwas bewirken.

DETLEF GRIESCHE
DPG-VIZEPRÄSIDENT

Referate von Mustafa Bargouthi und Gideon Levy unter:
www.dpg-netz.de

Kinderseelen

Verwurzelt in Palästina

PROJEKTHILFE

FOTO // PALÄSTINENSISCHE STIMME E.V.



Erinnerungsort für die getöteten Kinder in Gaza

BITTE
UNTERSTÜTZEN
SIE MIT EINER
SPENDE DAS
PROJEKT
„KINDERSEELEN“.

Liebe Leserin, lieber Leser!

Am Tag des Bodens, am 30. März 2019, hat der Berliner Verein „Palästinensische Stimme“ eine Olivenbaumpflanzaktion für getötete und verstorbene Kinder in Palästina gestartet. Zum Gedenken an diese Kinder wird ein Olivenbaum mit dem Namen des Kindes versehen und gesetzt. So kann ein Ort der Erinnerung geschaffen werden.

In dem Projekt „Kinderseelen – Verwurzelt in Palästina“ geht es um das Gedenken an die Martyrien palästinensischer Kinder und Babies, besonders in Gaza. Auf dramatische Art und Weise kommen Kinder im besetzten Palästina ums Leben: Beim Großen Rückkehrmarsch sterben Kinder und Jugendliche an den Schüssen oder an den Folgen der Schüsse israelischer Scharfschützen.

Mangels medizinischer Versorgung sterben viele weitere Kinder, die an Krebs erkrankten. All dieser Kinder soll gedacht werden. In Erinnerung an sie lässt die „Palästinensische Stimme“ Olivenbäume in Gaza pflanzen.

**Wenn der Olivenbaum
wüsste, wessen Hände ihn
gepflanzt haben, würden aus
seinem Öl Tränen werden**

Zitat von **MAHMOUD DARWISH**



56 palästinensische Kinder sind laut einem Bericht des UN-Menschenrechtsrats im Jahr 2018 durch Israel getötet worden. Der 16-jährige Youseff Jasser Abu Jazar aus Rafah wurde im Mai 2018 während der Proteste am Grenzzaun von Gaza erschossen.

Die Palästinensische Stimme. e.V. will die Solidarität mit Palästina, seiner Bevölkerung und den palästinensischen Flüchtlingen stärken. Die Vereinsmitglieder arbeiten darauf hin, dass die universellen Menschenrechte auch für Palästinenser*innen Gültigkeit erlangen und diese international anerkannte Rechte verwirklichen können. Die „Palästinensische Stimme“ engagiert sich vor allem in der Aufklärungsarbeit über die Ursachen und Hintergründe des Israel-Palästina-Konflikts und ist gegen jegliche Form von Rassismus, Antisemitismus und Islamophobie. Der Verein setzt sich ein für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und die Verwirklichung der Menschenrechte.

Der noch junge Verein veranstaltete 2016 und 2017 je ein palästinensisches Kulturfestival, in dem die palästinensische Kultur in Musik, Kunst, Film, Essen und traditionellen Trachten vorgestellt wurde. www.palaestinensischestimme.com

Mit Ihrer Hilfe wollen wir „Kinderseelen – Verwurzelt in Palästina“ unterstützen. Sie senden eine Spende in Höhe von 30 € mit dem Kennwort „Kinderseele“ auf unser Konto. Der Verein „Palästinensische Stimme“ erhält die Spenden, teilt Ihnen den Namen eines der verstorbenen Kinder zu und sendet diese Spenden nach Gaza. Vor Ort werden die Olivenbäume einzeln gepflanzt und mit dem Namensschild eines Kindes versehen.

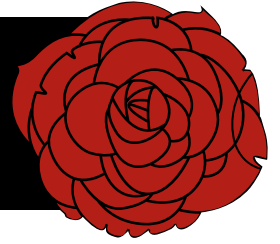
Vielen Dank und viele Grüße // **NAZIH MUSHARBASH**, DPG-PRÄSIDENT

Die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft

bittet Sie um Spenden auf ihr Konto, DPG e.V., Stichwort „Kinderseelen“, Sparda West, BIC: GENODED1SPK, IBAN: DE63 3706 0590 0600 3392 10.

Bitte geben Sie auf dem Überweisungsträger Ihre Adresse an, damit wir Ihnen eine Spendenbescheinigung (ab einem Überweisungsbetrag von 100 €) zusenden können.

Weltweite Solidarität



Österreich

WIR DENKEN AN GAZA!

【 】 Zum Jahrestag des „Großen Rückkehrmarsches“ in Gaza haben die Wiener Frauen in Schwarz eine Mahnwache abgehalten. Ihre Forderungen entnahmen sie z.T. aus dem Bericht der Kommission des UN-Menschenrechtsrates: sofortige Aufhebung der israelischen Blockade von Gaza, sicherstellen, dass verwundete Demonstrant*innen Hilfe in Spitälern der West Bank, Israels oder im Ausland erhalten, medizinisches und humanitäres Personal aus dem Ausland soll nach Gaza einreisen dürfen und UNO-Mitgliedsstaaten und die Zivilgesellschaft sollen das Gesundheitssystem Gazas unterstützen, speziell mit Dingen, die für die Verletzungen während der Proteste notwendig sind.

<http://www.fraueninschwarz.at/>

Schweiz

PROTEST GEGEN EUROVISION SONG CONTEST IN ISRAEL

【 】 BDS Schweiz hat in einem Brief an das Schweizer Fernsehen SRF gegen die Veranstaltung protestiert. Die israelische Regierung versuche mit dem Event von ihren Menschen- und Völkerrechtsverletzungen abzulenken: „Nichts illustriert diese Absicht besser als der Austragungsort, der sich auf den Ruinen des palästinensischen Dorfes asch-Schaich Muwannis befindet.“ Im Frühling 1948 wurden 2.239 Palästinenser*innen von der zionistischen Miliz Irgun aus diesem Dorf vertrieben.

<https://www.bds-info.ch>

Deutschland

GEW SOLL SICH FÜR VERHAFTETE KINDER EINSETZEN

【 】 Die Palästina-Nahost-Initiative Heidelberg appelliert an die Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Marlies Thepe, zu den Verhaftungen palästinensischer Minderjähriger in den besetzten palästinensischen Gebieten nicht länger zu schweigen. Jedes Jahr werden in den besetzten palästinensischen Gebieten viele hundert palästinensische Kinder und Jugendliche vom israelischen Militär verhaftet. Viele werden nachts aus ihren Betten geholt und mit verbundenen Augen abgeführt. Die Eltern wissen nicht wohin. Viele kehren traumatisiert aus der Haft zurück, unfähig, weiter die Schule zu besuchen.

<http://www.pal-ini-hd.de/>

ABDALLAH ABU RAHMAH WIEDER FREI

【 】 Der renommierte Menschenrechtsverteidiger Abdallah Abu Rahmah aus dem palästinensischen Dorf Bil'in ist im Frühjahr von einem israelischen Militärgericht zu fünf Monaten Haft verurteilt worden. Seine gewaltfreien Widerstandsaktivitäten gegen die Besatzung und folglich auch der zivile Ungehorsam gegenüber den Militärs der Besatzer sind diesen immer wieder Grund, ihn festzunehmen und festzusetzen. Solidaritätsspenden aus Deutschland ermöglichten seine vorzeitige Freilassung.

SOLIDARITÄT MIT GEWALTFREIEN DEMONSTRANT*INNEN IN GAZA

【 】 Der Parteivorstand der LINKEN hat das gewaltsame Vorgehen der israelischen Regierung und des israelischen Militärs gegen die mehrheitlich friedlichen Massenproteste der Palästinenser*innen in Gaza im Zuge des „Großen Rückkehrmarsches“ verurteilt. In der Erklärung vom 1. Juli 2018 heißt es: „Wir erklären unsere Solidarität mit den mutigen israelischen und palästinensischen Friedensaktivist*innen und Besatzungsgegner*innen.“ Der Parteivorstand setzt sich für ein Ende der Besatzung, gegen das Massaker in Gaza und für ein sofortiges Ende der Blockade ein.

Der Bundesarbeitskreis Gerechter Frieden in Nahost der Partei Die Linke fordert einen Paradigmenwechsel hin zur Suche nach einem fairen Interessenausgleich im israelisch-palästinensischen Konflikt unter Beteiligung aller maßgeblichen Akteure, einschließlich Hamas.

KEIN GEMEINSAMER KAMPF MIT RECHTEN

【 】 „Es gibt keinen gemeinsamen Kampf mit Rassist*innen oder Rechtsextremen für die Rechte der Palästinenser*innen“, hat die deutsche BDS-Kampagne klargestellt. Zuvor hatte die Partei DIE RECHTE zur „Versteigerung des Tatwerkzeugs zugunsten der BDS-Kampagne“ aufgerufen. Es sei nicht das erste Mal, dass faschistische Gruppen und einzelne Faschist*innen sich positiv auf die internationale BDS-Kampagne beziehen. So habe sich 2016 jemand, der sich später als Aktivist der neonazistischen Szene herausstellte, unerkannt und unaufgefordert bei

einer Protestaktion von **BDS Berlin** gegen SodaStream vor Galeria Kaufhof am Alexanderplatz aufgestellt. „Wenn heute also die Partei DIE RECHTE zu einer Versteigerung zu Gunsten der BDS-Kampagne in Deutschland aufruft, möchten wir unmissverständlich klarstellen, dass wir jegliche Form der Unterstützung von der Partei DIE RECHTE und allen anderen Rechtsextremen und Faschist*innen zurückweisen.“

www.bds-kampagne.de

Großbritannien

MANDELAS ENKEL UNTERSTÜTZT BDS

【 】 Mandelas Enkel, der südafrikanische Abgeordnete Nkosi Zwelivelile Mandela, hat sich bei der palästinensischen Expo im Juli in London für BDS ausgesprochen: „Wir haben die moralische Verpflichtung BDS zu unterstützen.“

Eine Gruppe UK-Anwälte für Israel (UKLFI) hatte zuvor versucht, den großen Event im Olympiastadion zu verhindern.

<https://www.middleeastmonitor.com>

Europa

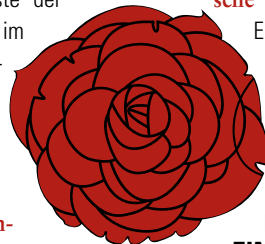
EINSATZ FÜR GEFANGENE

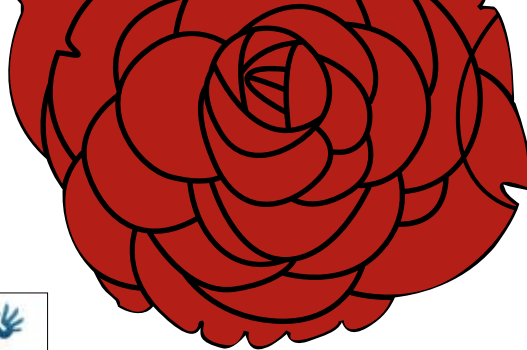
【 】 Die Europäische Koalition zur Unterstützung der Gefangenen in Palästina warnt vor der Zunahme der Restriktionen gegen palästinensische Gefangene in israelischen Gefängnissen. Seit der Minister für Innere Sicherheit, Gilad Erdan, das „Komitee für die Rücknahme der Leistungen für Gefangene“ eingesetzt hat, seien tausende Bücher von Gefangenen konfisziert und der Wasserverbrauch reduziert worden.

<https://www.facebook.com/pages/The-European-Alliance-in-Defence-of-Palestinian-Detainees/590907887618242>

ISRAELISCHE RECHTSVERLETZUNGEN UND VERSTÖSSE IN JERUSALEM

【 】 Unter dem Titel „Fremde im eigenen Land: Menschenrechtsverletzungen in der Heiligen Stadt“ dokumentiert Euro-Mediterranean Human Rights Monitor israelische Rechtsverletzungen und -verstöße im Monat März 2019. In dem 23-seitigen Bericht sind etwa Razzien, Häuserzerstörungen, Vertreibungen und andere Gewaltakte der israelischen Besatzungstruppen in Jerusalem aufgelistet. Der Bericht dokumentiert die systematische Politik der israelischen Regierung, aber





auch die illegalen Praktiken und schweren Menschenrechtsverletzungen gegen Palästinenser. Euro-Med Monitor verurteilt in seinem Bericht diese Rechtsverletzungen und sieht die Internationale Gemeinschaft in der Pflicht.

International AI FORDERT WAFFENEMBARGO GEGEN ISRAEL

Die verheerenden Verletzungen von Zivilisten aus dem Gazastreifen bezeugen nach Ansicht von Amnesty International die dringende Notwendigkeit eines Waffenembargos gegen Israel. Wie die Menschenrechtsorganisation am 28. März 2019 erklärte, **„leiden ein Jahr nach Beginn der Proteste zum Großen Rückkehrmarsch im Gazastreifen Tausende von Zivilisten weiterhin unter den verheerenden Konsequenzen skrupelloser israelischer Vorgehensweisen, für die niemand zur Rechenschaft gezogen wird.“** Militärexperten und forensische Pathologen, die die von Amnesty International beschafften Fotos der Verwundungen eingehend analysierten, stimmten überein, dass viele der von den Ärzten im Gazastreifen behandelten Wunden Verletzungen entsprachen, wie sie von militärischen Hochgeschwindigkeitswaffen herbeigeführt werden, etwa durch die in Israel hergestellten Tavor-Sturmfeuerwaffen oder durch die in den USA produzierten M24-Remington-Scharfschützengewehre, die häufig zusammen mit einer 7.62 mm Jagdmunition verwendet werden. Diese spezielle Art der Munition dehnt sich beim Einschlag im Innern eines getroffenen Körpers aus und verbreitet sich dann explosionsartig.

<http://www.amnesty-koeln-gruppe2415.de/Main/Informieren-BerichteGaza>

EUROVISION

■ Nach Angaben des palästinensischen BDS-Komitees (BNC) haben über 150.000 Europäer*innen, hunderte von Künstler*innen und über 100 LGBT+-Organisationen appelliert, den Eurovision Song Contest 2019 in Tel Aviv nicht zu unterstützen. 49 Bands, Musiker*innen und Künstler*innen von Peter Gabriel, Mike Leigh, Al Kennedy bis zu Roger Waters und Vivienne Westwood haben Musiker*innen in Großbritannien aufgerufen, nicht am Ausscheidungswettbewerb für den ESC teilzunehmen. 171 schwedische Künstler*innen haben ebenfalls zum Boykott aufgerufen. Als Erfolg wertet die BDS-Kampagne, dass nur 5000–7000 Zuschauer*innen nach Tel Aviv kamen, weniger als von Israel erwartet. Kritik gab es an der isländischen Band Hatari, die sich am Wettbewerb in Tel Aviv beteiligt hatte, obwohl sie sich als pro-palästinensisch versteht.

<https://bdsmovement.net/eurovision-winner>

ANHÖRUNG VOR DEM INTERNATIONALEN STRAFGERICHTSHOF

■ Am Internationalen Strafgerichtshof (ICC) hat eine Anhörung zum israelischen Überfall auf das Schiff Mavi Marmara stattgefunden, nachdem der Fall dort im Jahr 2014 zunächst abgewiesen worden war. Auf der Mavi Marmara, dem größten Schiff der Gaza-Flottille, wurden am 31. Mai 2010 neun Passagiere getötet: Ali Haydar Bengi, Ceniz Songür, Çetin Topçuoglu, Necdet Yildirim, Ibrahim Bilgen, Fahri Yaldiz, Furkan Doğan, Cevdet Kiliçlar, Cengiz Akyüz. Ugur Süleyman Söylemez starb 2014 an seinen Verletzungen.

FOTO // FREEGAZA MOVEMENT



Die Mavi Marmara am 22. Mai 2010

<https://jfp.freedomflotilla.org/news/ffc-statements/international-criminal-court-appeals-chamber-holds-oral-hearing-today-re-2010-israeli-attack-on-the-mavi-marmara>

Im Jahr 2020 sollen die nächsten Schiffe nach Gaza segeln.

Israel KLAGE GEGEN NATIONALSTAATSGESETZ

FOTO // TORAT TZEDEK



Rabbiner Arik Asherman, Gründer von Torat Tzedek

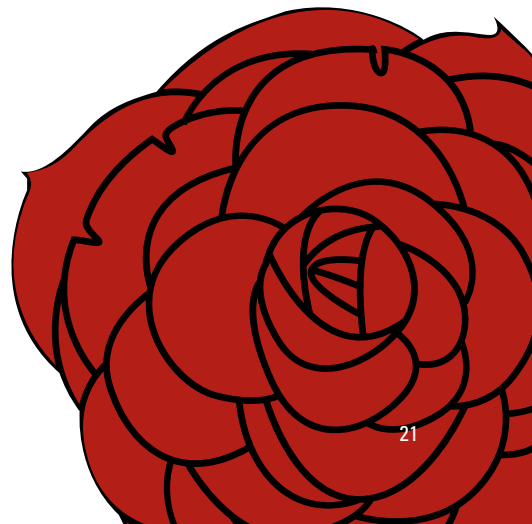
■ Die jüdische Organisation Torat Tzedek macht mobil gegen das israelische Nationalstaatsgesetz von 2018. Ihre Motive: weil damit die israelische Demokratie beendet wurde, weil damit eine de facto Ungleichheit in eine de jure Ungleichheit überführt wurde und weil unter Ayelet Shaked nur noch konservative Richter für den Obersten Gerichtshof ernannt wurden. Seit es das Gesetz gibt, gehört das Land nur noch den Juden, schreibt Rabbiner Yoav Haas von Torat Tzedek bestürzt. Die Organisation bereitet eine Klage beim Obersten Gericht vor. Dazu wurde eine Unterschriftenaktion unter jüdischen Israelis gestartet. Damit wende man sich auch an die Minderheiten in Israel, die selber vor Gericht gezogen seien und sage ihnen: Ihr seid nicht allein!

<https://torat-tzedek.org.il/>

USA AIRBNB DOCH WIEDER IN SIEDLUNGEN

■ Nur kurz ist die Zimmervermittlung Airbnb auf dem völkerrechtlich richtigen Weg unterwegs gewesen. Nun bietet der Dienst doch wieder Ferienwohnungen und Zimmer in völkerrechtswidrigen Siedlungen an. **„Wenn Airbnb weiterhin auf der Ruinen des palästinensischen Landes vermieten will, werden wir mit unserem Druck fortfahren, das Richtige zu tun,“** kommentiert Jewish Voice for Peace.

<https://jewishvoiceforpeace.org/>



Kurze Geschichte Gazas

Archäologische Funde



FOTO // HAZEM SHEHADA

Malerei in der orthodoxen Kirche in Gaza-Stadt. Die Kirche stammt aus dem Mittelalter. Die Feuerzungen über den Jüngern weisen auf eine Pfingstdarstellung hin.

Gaza, das nach dem Waffenstillstand zwischen Ägypten und Israel 1949 Gaza-Streifen genannt wird, ist ein Teil des historischen Palästinas und ein Küstengebiet am östlichen Mittelmeer. Die Fläche Gazas beträgt ca. 360 km², seine Länge ist 40, die Breite zwischen 6 und 16 Kilometer.

Gaza gehört zu den fünf ältesten Städten der Welt. Es wurde ab dem 6. Jahrtausend vor Christus von verschiedenen Völkern errichtet. Gaza hatte während seiner langen Geschichte mit vielen Völkern und Eroberern zu tun gehabt, mal wurde es besiegt und erobert, mal hat es die Eroberer besiegt und vertrieben.

NAMEN

■ Der Name Gazas wurde des öfteren gewechselt, je nachdem wer gerade Besetzer war; die Araber nennen es bis heute Gaza oder Gazet-Hashim und zwar nach dem Onkel des Propheten Mohamed, der Handelsbeziehungen mit Gaza unterhalten hat und in der Stadt verstorben ist. Die Kanaanäer nannten Gaza „Hazati“, die Ägypter „Ghasatu“ und „Ghadatu“, die Assyrer „Azzati“, die Griechen „Raza“, die Kreuzfahrer „Gadres“ und die Türken und Briten „Gaza“.

Die Meinungen gehen auseinander, welche Bedeutung der Name Gaza hat. Viele Forscher*innen, die sich mit Gaza beschäftigt haben, sind aber der Meinung, dass der Name Gaza Stolz, Stärke und Widerstand bedeutet.

GRÜNDUNG DER STADT

■ Die Stadt war in der frühen Antike ein wichtiges Handelszentrum zwischen Ägypten und den Jemeniten und deren Nachfolgern. Gazas Lage war von großer wirtschaftlicher Bedeutung. Die Jemeniten (المعينيين) haben als erste Gaza besucht und ihre Waren mit den Ägyptern getauscht. Auch wenn sie Gaza nicht errichtet haben, haben sie den Grundstein für die Entstehung Gazas gelegt. Sie haben ihre Waren, zum Beispiel Gewürze, Weihrauch, Muskat und an-

deres nach Gaza gebracht und dort zum Verkauf angeboten. Die Ägypter kamen nach Gaza und haben solche Ingredienzien für ihre Mumien besorgt. So entstanden in Gaza Handelsbeziehungen. Schließlich, um 2.500 vor Christus, besiedelten die Kanaanäer Palästina, darunter Gaza.

DIE KANAANÄER

■ Andere Forscher meinen, dass die Kanaanäer schon vor 6.000 Jahren Palästina besiedelt hätten. Auf jeden Fall haben die Kanaanäer eine großartige Kultur aufgebaut, wie die Ausgrabungen in Gaza belegen.

Der britische Archäologe Flender Petrie, der in Gaza von 1931–1934 gegraben hatte, fand viele antike Spuren in Tall el Ujjul. Er glaubt, dass die Stadt Gaza mit einem Hafen ursprünglich in Tall el Ujjul südlich von Gaza errichtet worden war. Sie habe große Mauern, Tore und Burgen gehabt. Man fand auch verschiedene Gegenstände, die die Geschichte der Kanaanäer in Gaza bezeugen. Man fand heraus, dass diese Gegend gute Handelsbeziehungen mit Ägypten, Syrien und Kreta unterhalten hat. Petrie ist der Ansicht, dass Tall el Ujjul das damalige Gaza war. Da das Meer zurückgegangen ist, entstanden Sümpfe, so dass viele Menschen an den dadurch entstandenen Krankheiten gestorben sind. Der Rest siedelte dann in der jetzigen Stadt Gaza ca. 15 Kilometer von Tall el Ujjul. Eine andere wichtige Ausgrabung fand in Tall el Sakan ebenfalls südlich von Gaza statt. Es existierte schon in der Bronze-Zeit (3300–2300 vor Christus).

Wegen seiner Lage an der Schnittstelle zwischen Ägypten und Syrien war Gaza von großer strategischer Bedeutung. Die Ägypter betrachteten Gaza damals wie heute als vorderste Verteidigungslinie. Zwischen 1630–1522 vor Christus wurde Ägypten von ausländischen Herrschern, den Hyksos, besetzt und regiert. Viele Archäologen glauben, dass die Hyksos ursprünglich Kanaanäer waren. Sie seien diejenigen gewesen, die Tall el Ujjul gegründet hätten. Die Ägypter erlaubten, dass die Hyksos in Gaza siedeln durften. Durch die Ausgrabungen von Flenders Petrie in Tall el Ujjul fand man einen Palast, viele Goldstücke, Schmuck für Frauen, Schlafstätten, Gesichtsschminken und viele weitere Gegenstände. Außerdem gab es eine große Mauer und Burgen, um die Stadt zu verteidigen. Nach ihrer Vertreibung aus Ägypten und ihrem Leben in Gaza standen die Hyksos lange Zeit



FOTO // HAZEM SHEHADA

Antike

unter ägyptischem Einfluss. Sie koalitierten sogar mit ihnen gegen die Feinde aus Syrien und Babylon.

DIE KANAANÄER UND DIE PHILISTER

[] Bis zum 12. Jahrhundert vor Christus war Gaza ein Verwaltungssitz und ein wichtiges Zentrum der Ägypter. Danach wurde Gaza von den Philistern besetzt und besiedelt. Die Philister vermischten sich mit den Kanaanäern und bildeten ein einheitliches Volk, das bis heute als „Palästinenser“ existiert.

In Gaza trieben die Kanaanäer Handel und Landwirtschaft, waren Handwerker und errichteten ihren Tempel. Gaza war lange Zeit ein Kriegsschauplatz zwischen den Kanaanäern und den Juden. Im Alten Testament wird Gaza mehrmals erwähnt, etwa in der Geschichte des starken Samson, der gegen die Philister kämpfte.

FREMDE MÄCHTE



FOTO // HAZEM SHEHADA

Christliche Stadt aus byzantinischer Zeit südlich von Gaza, Wohnanlage und Wassersystem

[] Die Auseinandersetzung zwischen den Kanaanäern und den Juden dauerte bis zum 8. Jahrhundert vor Christus. Dann eroberten die Ägypter Gaza, danach die Assyrer und darauf die Babylonier. Im 6. Jahrhundert besetzten die Perser Gaza und blieben ca. 200 Jahre dort bis Alexander der Große 332 v. Christus Gaza mit großer Mühe eroberte. In Gaza wurde er verletzt. Am Anfang folterte er die Einwohner, tötete und versklavte sie. Er versöhnte sich mit den Einwohnern Gazas. Die Stadt wurde hellenistisch und so wichtig wie Athen und Alexandria. Zu dieser Zeit hatte Gaza zwei große

Tempel und hellenistische Götter. Eine Zeus-Skulptur aus Gaza ist heute im Archäologischen Museum in Istanbul zu sehen. Eine Statue des Gottes Apollo wurde vor ein paar Jahren im Meer von Gaza gefunden.

Nach dem Tod von Alexander dem Großen regierten seine Nachfolger, die Ptolemäer, in Ägypten und die Seleukiden in Syrien. Gaza stand unter der Kontrolle der Seleukiden. In der zweiten Hälfte des ersten Jahrhunderts vor Christus eroberten die Römer Gaza.

Nach der Anerkennung des Christentums durch den Römischen Kaiser Konstantin den Großen im vierten Jahrhundert nach Christus, ist Gaza ein christliches Zentrum mit zwei großen Kirchen geworden, die zuvor Tempel waren. Es hatte seine alte Blüte wieder erlangt, die sich auch unter den Byzantinern fortsetzte, wie die jüngsten Ausgrabungen belegen.

MUSLIMISCHE EROBERUNG

[] Im Jahre 636 eroberten die Muslime Gaza. Eine der großen Kirchen wurde zur Moschee gemacht. Ende des 11. Jahrhunderts kam die Stadt unter die Kreuzfahrer. Im 13. Jahrhundert besetzten die Mameluken aus Ägypten Gaza. Sie blieben die Herrscher über Gaza, bis das Osmanische Reich 1517 Gaza und fast das ganze Gebiet erobert hat. Das Osmanische Reich hat Gaza bis 1917 kontrolliert, bis Großbritannien Palästina, darunter Gaza, eroberte.

DER GAZA-STREIFEN NACH 1948

[] In der Folge des Krieges zwischen Israel und den arabischen Ländern kam Gaza unter ägyptische Kontrolle. Gemäß dem Waffenstillstandsabkommen von 1949 wurde aus der Stadt Gaza der Gaza-Streifen. Nach der Vertreibung der Palästinenser*innen durch den Krieg, gingen viele Flüchtlinge nach Gaza. Gaza hatte 1948 rund 60.000 Einwohner*innen, nach dem Krieg kamen rund 200.000 Flüchtlinge dazu.

Zurzeit beträgt die Einwohnerzahl des Gaza-Streifens um die zwei Millionen Menschen. Acht große Flüchtlingslager wurden errichtet. Die UNRWA (Hilfswerk der Vereinten Nationen für palästinensische Flüchtlinge im Nahen Osten) wurde beauftragt, den registrierten palästinensischen Flüchtlingen Unterstützung und Schutz zu gewähren. Die UNRWA erlitt Anfang 2018 einen schweren Rückschlag, als die USA, die im Jahre 2018 mit 294 Mio. US-Dollar der größte nationale Geldgeber waren, im August 2018 erklärten, dass sie die Finanzierung der UNRWA einstellen werden.

Der Gaza-Streifen erlebte zwei israelische Besatzungen, 1956 und 1967. Das Autonomie-Abkommen von 1993 zwischen der PLO und Israel weckte große Hoffnungen. Von einer Lösung kann man aber kaum sprechen, geschweige denn vom Frieden.

HAZEM SHEHADA

Verleger des Orient-Verlages, Trier, arbeitet derzeit an einem Buch über die Geschichte von Gaza



Große Moschee von Gaza



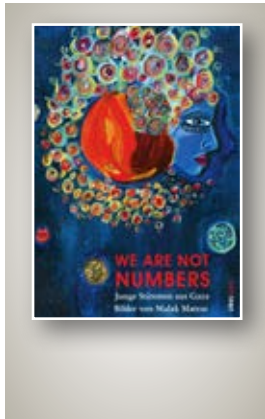
BUCH // KUNSTVOLLE SPRACHE

【】 Dieser 2008 erstmalig publizierte und in Deutschland 2011 aufgelegte Roman des israelischen Autors Alon Hilu, hatte bei seinem Erscheinen in Israel großes Aufsehen erregt. In einer kunstvollen Sprache geschrieben, geht es um eine jüdisch-palästinensische Dreiecksgeschichte, die ein farbiges Bild von Palästina zum Ende des 19. Jahrhunderts entwirft. Von der ersten Ankunft jüdischer Siedler mit Schiffen aus Europa im Hafen von Jaffa über die anfängliche freundliche Kooperation, die allmähliche Veränderung der gegenseitigen Beziehung über sukzessive Vertreibung der ursprünglichen arabischen Landbesitzer hin zu Hass auf die Einwanderer spannt sich die Handlung. Die

Grenzen im Roman verschwimmen zwischen Realität und Phantasie, vermitteln aber einen Eindruck von der bis heute anhaltenden Landnahme, Haus- und Plantagenzerstörungen durch radikale Siedler. Die Lektüre dieses Buches kann ein guter Zugang zur intensiveren Beschäftigung und Engagement mit den heutigen Fragen der Besatzung palästinensischen Landes und der anhaltenden Vertreibungen bieten.

DETLEF GRIESCHE

Alon Hilu
Das Haus der Rajanis
C.H.Beck-Verlag, München, 2011



BUCH // ETWAS BESONDERES

【】 Dieses gerade im Schweizer Lenos-Verlag erschienene Buch ist wirklich etwas Besonderes. 20 junge Palästinenser*innen haben im Rahmen eines Mentorings durch erfahrene Autoren und Journalisten aus aller Welt Texte auf Englisch verfasst und gepostet. Das Buch ist in drei Kapitel gegliedert: 1. Die Welt spinnt; 2. Ich möchte Gaza mögen, es geht aber nicht; 3. Hoffnung. Diese jungen, gut ausgebildeten und kreativen Menschen schreiben, um zu überleben: In kurzen Texten und Gedichten berichten sie vom Leben unter Besatzung, von den Nöten und Freuden des Alltags, von Trauer, ihrer Wut und ihren Träumen. „We Are Not Numbers“ ist ein Hilfescrei, aber auch ein Triumph der Kreativität. Die Idee war es, die Men-

schen hinter den Zahlen in den Nachrichten zu zeigen. Das Projekt hatte zum Ziel, „das Gefängnis Gaza zu öffnen, die Belagerung mit Worten zu überwinden, mit Websites, Büchern, Träumen.“ Die Lektüre führt auf diesen gelungenen Weg. Die berührenden Texte werden ergänzt durch beeindruckende Bilder der Künstlerin Malak Mattar, die auch schon in mehreren europäischen Galerien ausstellte.

DETLEF GRIESCHE

We Are Not Numbers // Junge Stimmen aus Gaza
Aus dem Englischen von Lorenz Oehler
Bilder von Malak Mattar
Lenos Verlag Basel

AUSSTELLUNG // HANDELSSTADT GAZA

【】 Eine Ausstellung in Bochum erhellt die jüngere Geschichte der alten Handelsstadt Gaza. Auf mehr als 20 Schau- und Texttafeln sowie einem großen Stadtplan aus dem Jahr 1887 werden die vielseitigen Lebensrealitäten der Bewohner*innen Gazas Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts dargestellt. Ein Zeitstrahl führt den/die Besucher*innen in die belebte Geschichte Gazas ein – von der Gründung um 1500 v. Chr., als die Stadt zum ägyptischen Pharaonenreich gehörte, über die Herrschaft der Griechen und Römer und die Integration in das noch junge islamische Herrschaftsgebiet ab 637; über die mehrfachen Invasionen der Kreuzfahrerheere, die Eingliederung in den Mamlukenstaat und schließlich die lange Phase unter osmanischer Herrschaft von 1516 bis zur Eroberung durch britische Truppen 1917. Man erfährt vieles über das Mit- und Nebeneinander von Stadtbewohnern, Bauern und Beduinen, über die Unterschiede zwischen den urbanen und den ländlichen Familienstrukturen, die Bedeutung des Handels

und des Bierbrauens für Gazas Ökonomie und die Auswirkungen des expandierenden Industriekapitalismus auf diese lokale Wirtschaft, noch bevor der Erste Weltkrieg über die Stadt hinwegfegte und sie größtenteils zerstörte.

Der Krieg, das massenhafte Töten von Zivilisten und das Eingesperrt sein gehört heute zur Lebensrealität in Gaza. Solange das so ist, muss es angezeigt und benannt werden und darf im berechtigten Bemühen, auch die normalen, die lebendigen und menschlichen Seiten dieser Metropole aufzuzeigen nicht untergehen. Ist man sich dieser Realität jedoch bewusst, so bereichert diese Ausstellung das Bild von Gaza um viele weniger bekannte, interessante Aspekte.

LEON WYSTRYCHOWSKI



Gaza 1900, eine Stadt des östlichen Mittelmeers im Umbruch // Zu sehen ist die Ausstellung noch bis zum 31. Oktober 2019 im Haus der Archäologien, Am Bergbaumuseum 31, 44791 Bochum <http://mittlmeerstudien.de/gaza/>



BUCH // AUFLÄREND

【】 Der Bremer Journalist Arn Strohmeyer analysiert und kommentiert seit vielen Jahren die politische Entwicklung im Nahen Osten und die völker- und menschenrechtswidrige Unterdrückung der Palästinenser. Nun liegt eine Auswahl von 18 Artikeln vor, die Strohmeyer in den letzten drei Jahren verfasst und in verschiedenen Print-Medien sowie Internet-Publikationen publiziert hat. Die Texte behandeln verschiedene Aspekte, so das staatsoffizielle, aber realitätsferne Israel-Bild in Deutschland; den inszenierten, geradezu hysterischen Antisemitismus-Vorwurf gegen alle, die Unrechtspolitik aus menschen- und völkerrechtlicher Sicht kritisieren; der profitable Export von Waffen und „Sicherheitstechnologie“ sowie Unterdrückungs- und Kontrollkonzepten, die lau-

fend an den Palästinenser*innen ausprobiert werden, sowie die aktuellen, bildungspolitisch irreführenden Antisemitismus-Komponenten oder die miserable Nahost-Politik Trumps. Arn Strohmeys Texte und Publikationen sind aufklärend, mutig, sehr gut lesbar und durchdrungen von fortschrittlichen Prinzipien.

HERMANN DIERKES

Arn Strohmeyer
Wider den Mainstream
Plädoyers gegen Israels Palästina-Politik und den Antisemitismus-Vorwurf als politische Waffe.
Gabriele Schäfer Verlag, Herne, 2019

FILM // LEBEN AN DER GRENZE

■ Dieser Dokumentarfilm wurde vom irischen Regisseur Garry Keane und dem bereits zweimal mit dem World Press Photo Award ausgezeichneten Kriegsfotografen Andrew McConnell zwischen 2014 und 2018 gedreht. Dieser berührende Film folgt den unterschiedlichsten Menschen in Gaza bei ihrer Arbeit, zu ihren Familien, zu den Protesten am Grenzzaun. Da ist z.B. die 17-jährige Karma, die die Hoffnung auf ein Stipendium im Ausland nicht aufgibt, und Ahmad mit seinen 39 Geschwistern, für den feststeht, dass er später Kapitän wird, der im Rollstuhl sitzende Rapper Sari, der Fischer Abu. Die Kamera zeigt einen Taxifahrer bei seinen täglichen Touren, einen Theaterdirektor und eine Modedesignerin, der besonders die jungen

modernen Frauen Gazas am Herzen liegen. Die Filmemacher begleiten junge Männer zu den brutalen Auseinandersetzungen am Grenzzaun bis hinein in die Krankenhäuser und den unermüdlichen Sanitäter Ibrahim bei seinen Einsätzen. Diesen Film muss man gesehen haben!

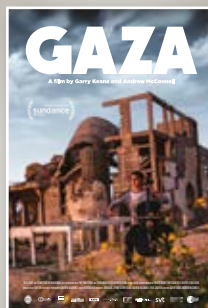
EVA UND DIETER LEHMANN

Gaza – Leben an der Grenze

Dokumentarfilm 86 Min.

Garry Keane und Andrew McConnell, Irisch-Kanadisch-Deutsche Koproduktion in Zusammenarbeit mit ARTE

<https://www.gazadocumentary.com/>



AUSSTELLUNG // WO LIEGT EIGENTLICH PALÄSTINA?



<https://das-bild-des-oriens.info/aktuell>

■ Die Ausstellung „Wo liegt eigentlich Palästina?“ des Bonner Bildarchivs DAS BILD DES ORIENTS umfasst Fotografien aus Israel/Palästina, die bis auf wenige Ausnahmen während eines dreimonatigen Einsatzes für das ökumenische Begleitprogramm des Weltkirchenrates EAPPI (April bis Juli 2017) entstanden sind. Sie sollte im Juni 2019 in der Alten VHS, Bonn gezeigt werden. Nachdem aufgrund pauschaler, nicht belegter und falscher Anschuldigung (Israel-Kritik, BDS-Unterstützung, etc.) der Raum gekündigt wurde, musste die Ausstellung abgesagt werden. Das Bildarchiv DAS BILD DES ORIENTS wurde im Jahre 2004 von Joachim Gierlich gegründet, Spezialist für Islamische Kunstgeschichte. U.a. war Gierlich an der Qatar National Library verantwortlich für die historischen Spezialsammlungen und Archive.

BUCH // NEUER ROMAN

■ Die Palästinenserin Nahr wird im Exil in Kuwait geboren. Sie wächst zu einer eigenwilligen, stolzen Frau heran, die den Tanz als Akt der Freiheit empfindet. Die Grenzen dieser Freiheit erlebt sie, als sie nach einer gescheiterten Ehe in einem Bordell arbeiten muss. Doch die bitteren Lektionen machen sie stärker. Selbstbewusst reist Nahr nach Palästina, wo sie Bilal kennenlernt. Durch ihn entdeckt sie das Land ihrer Familie und erfährt zum ersten Mal tiefe Liebe. Bilal hat sich der Befreiung seines Volkes verschrieben und Nahr schließt sich ihm an. Eine Entscheidung, die ihr zum Verhängnis wird ... Susan Abulhawa hat einen neuen Roman geschrieben. Ihre Romane »Während die Welt schlief« und »Als die Sonne im Meer verschwand« sind internationale

Bestseller und wurden in 28 Sprachen übersetzt. Auf Lesereisen in Deutschland hatte sie stets, wie kürzlich im Mai in verschiedenen Orten, ein begeistertes Publikum. Ihre Bücher haben für viele Menschen, die dem Thema „völkerrechtswidrige Besetzung Palästinas durch Israel“ eher fern standen, einen Schlüssel zum Verständnis geliefert. Ein spannender Roman mit fiktiver Handlung, die aber dem tagtäglichen Terror im realen Leben im völkerrechtswidrig besetzten Palästina realistisch nahe kommt.

DETLEF GRIESCHE

Susan Abulhawa
Nahrs Letzter Tanz
DIANA-Verlag, München 2019



BUCH // TIPPS FÜR DEUTSCHE DIPLOMATIE

■ Seit Jahrzehnten bemüht sich die internationale Diplomatie vergeblich, auf die israelische Politik im Blick auf die 1967 besetzten Gebiete Einfluss zu nehmen, indem sie auf der Zwei-Staaten-Lösung besteht. Ausgehend von der Broschüre des ersten Rektors der Hebräischen Universität Judah L. Magnes im Jahr 1930 mit dem Titel „Wie alle Völker ...?“ belege ich, dass unter Rückgriff auf biblische und jüdisch-theologische Quellen die sogenannte Staatengemeinschaft politisch keinen Schritt weiterkommt, solange sie das jüdische Grundverständnis nicht versteht, wonach der Verzicht auf „Judäa und Samaria“ und auf Ost-Jerusalem nicht in Frage kommt. Eine Abgeordnete hat dies vor mehr als zwei Jahrzehnten in den Satz zusammengefasst: „Wer aus Hebron herausgeht, soll den Mut haben, in Tel Aviv die Lichter zu löschen.“

Die Palästinenser haben diesem Mandat entgegen der allgemeinen Auffassung nichts Gleichwertiges gegenüberzustellen. Deshalb habe ich unserem Auswärtigen Amt empfohlen, in Abstimmung mit der Europäischen Kommission eine israelisch-palästinensische Expertenkonferenz zu unterstützen, um Verfassungsmodelle für das Leben von Arabern und Juden, Palästinensern und Israelis zwischen Mittelmeer und Jordan zu entwickeln.

REINER BERNSTEIN

Bernstein, Reiner
Wie alle Völker ...?
Israel und Palästina als Problem der internationalen Diplomatie
Verlag wbg Academic, 2019



DER KONFLIKT AUF EINEN BLICK

ZAHLEN UND FAKTEN

- 60% des Westjordanlandes befinden sich unter vollständiger israel. Kontrolle.
- 100.000 Hektar palästinensisches Land wurden für den Siedlungsbau vorgesehen.
- 50.000 palästinensische Häuser und Strukturen wurden durch Israel zerstört.
- 600.000 israelische Siedler*innen leben auf besetztem palästin. Boden.
- 4,9 Mio. Palästinenser*innen sind täglich Einschränkungen der Bewegungsfreiheit ausgesetzt.
- 2.000 durch Israel erlassene Militärverordnungen seit 1967 unterdrücken die Palästinenser*innen.
- 10.200 Palästinenser*innen wurden seit 1987 getötet, oft rechtswidrig.
- Im selben Zeitraum wurden etwa 1.400 Israelis durch Palästinenser*innen getötet.
- Israelische Siedlungsprodukte im Wert von mehreren 100 Mio. Dollar werden jedes Jahr exportiert.
- Mindestens vier Mal so hoch ist der durchschnittliche israelische Wasserverbrauch im Vergleich zum palästinensischen im besetzten Palästina.
- Seit 2007 besteht die israelische Land-, Luft- und Seeblockade des Gazastreifens, in dem annähernd zwei Millionen Menschen eingeschlossen sind. 96% des Wassers im Gazastreifen sind verunreinigt und zum Trinken nicht geeignet.
- 27% betrug die Arbeitslosigkeit im besetzten Palästina im Jahr 2017 im Vergleich zu 12% im Jahr 1999.

QUELLE // 50 JAHRE ISRAELISCHE BESATZUNG AMNESTY INTERNATIONAL
WWW.AMNESTY-KOELN-GRUPPE2415.DE

DIE WICHTIGSTEN MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN, DENEN DIE PALÄSTINENSER*INNEN DURCH DIE ISRAELISCHE BESATZUNG AUSGESETZT SIND

- Bau- und Ausbau von völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen
- Vertreibungen und Häuserzerstörungen
- Zwangsumsiedlung
- Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und Kollektivstrafe
- Enteignung von Rohstoffen
- Einschränkungen der Rechte auf ein Familienleben und eine Existenzgrundlage
- Willkürliche Verhaftungen, Verwaltungs- und unfaire Gerichtsverfahren
- Folter und andere Misshandlung
- Ungesetzliche Tötungen
- Einschränkungen der Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit

QUELLE // 50 JAHRE ISRAELISCHE BESATZUNG AMNESTY INTERNATIONAL
WWW.AMNESTY-KOELN-GRUPPE2415.DE



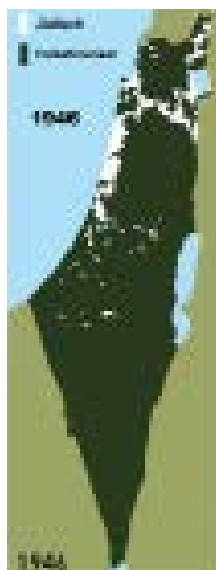
BUCH // EMPFEHLUNG ZUM WEITERLESEN

Palästina – Vertreibung, Krieg und Besatzung
Wie der Konflikt die Demokratie untergräbt
Groth, Annette / Paech, Norman / Falk, Richard (Hg.)
284 Seiten, PapyRossa, 2017, 17,95 €

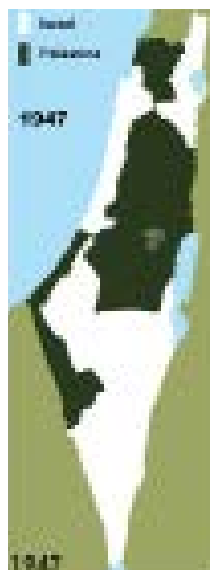
WICHTIGE LINKS

- Vereinte Nationen in Palästina
www.ochaopt.org
- Renommierte palästinensische Menschenrechtsorganisation
www.alhaq.org
- Renommierte israelische Menschenrechtsorganisation
www.btselem.org
- Deutscher Koordinationskreis Palästina Israel – für ein Ende der Besatzung und für einen gerechten Frieden (KoPI)
www.kopi-online.de/wordpress
- Palästinensische Mission, die diplomatische Vertretung Palästinas in Deutschland
www.palaestina.org

DIE FORTSCHREITENDE ANNEXION PALÄSTINAS



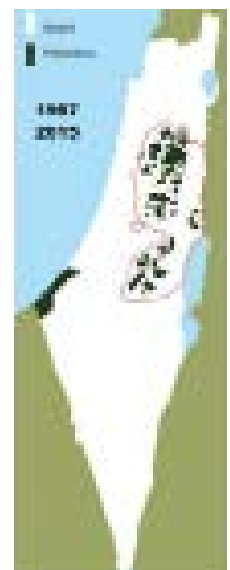
Jüdischer und palästinensischer Landbesitz



UN Teilungsplan



Krieg von 1948



1967–2019



Strand von Gaza



Rachel Corrie

VON MALAK MATTAR

„Ich war drei als Rachel Corrie getötet wurde. In der siebten Klasse lernten wir in meiner UNRWA-Schule die Menschenrechte kennen. Und wir hörten von Rachel Corrie, die von einem israelischen Bagger-Fahrer getötet worden war. Sie war 23. Sie beschützte Häuser von palästinensischen Familien.

Und seit ihrer Jugend hatte sich Rachel für die Menschheit eingesetzt, z.B. indem sie über den Hunger in der Welt redete, besonders zu Kindern. Rachel Corrie ist wie eine Friedenstau-
be. Sie wurde getötet, aber sie lebt in unseren Herzen.“

[HTTPS://WEARENOTNUMBERS.ORG](https://wearenotnumbers.org)

Hallo Malak, aus welchem Land kommst du denn?

Es heißt Gefängnis.

Gefängnis? Ist das Land neu auf dieser Welt?

Nein, das Gefängnis ist wie ein schwarzer Fleck ...

Dreimal vom Krieg zerstört.

Es gibt ein Meer, einen Himmel und Farbe,

Ich bin nicht allein; hier gibt es 1.800.000 Gefangene.

Hm ... Und wie kommt ihr so durchs Leben?

Es gibt die lebendigen Toten,
die leben nicht mehr wirklich.

Und dann gibt es die, die vor Leben nur so sprühen,
sie schenken Hoffnung, strahlen Frieden aus.

Wie lange geht das schon so?

Sind nur zehn Jahre, fühlt sich aber länger an.

Und mit wem lebst du zusammen?

Mit der Hoffnung.

AM 15. MÄRZ 2016 GEPOSTET

MALAK MATTAR, GEBOREN 1999 IN GAZA, LEBT DERZEIT IN ISTANBUL,
WO SIE DANK EINES STIPENDIUMS STUDIERT.

TEXT AUS: „WE ARE NOT NUMBERS“

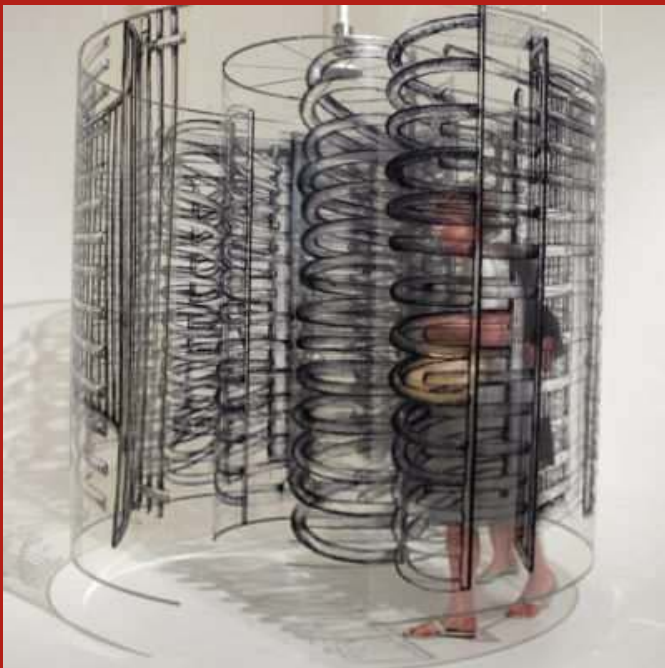
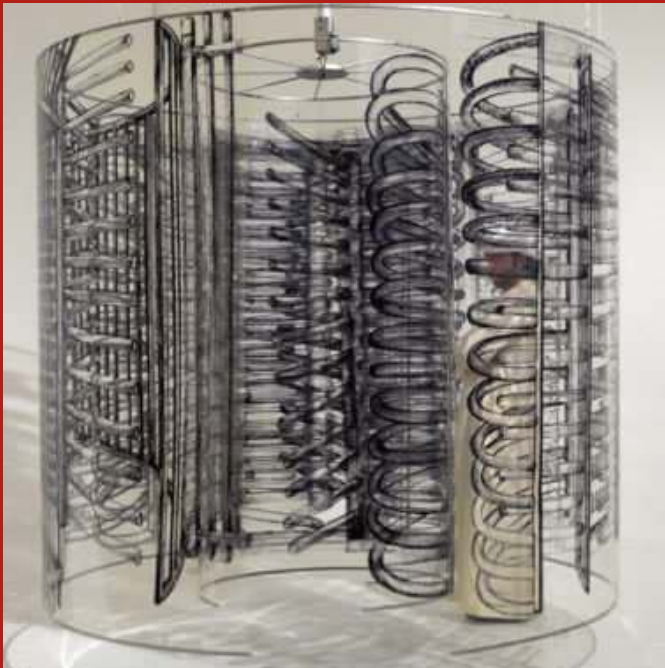
JUNGE STIMMEN AUS GAZA, MIT BILDERN VON MALAK MATTAR;
AUS DEM ENGLISCHEN ÜBERSETZT VON LORENZ OEHLER;

HRSG. VON PAM BAILEY; LENOS VERLAG BASEL, 2019



© SAMIRA BADRAN

Have a pleasant stay! Multi-Media Installation; 200 x 210 cm Diameter; Polyesterdruck, Metallringe, Elektromotor und Geräusche; 2009



„Ein Raum für Reflexion und Empathie, eine visuelle und physische Metapher für Ersticken und Gefangenschaft. Diese Atmosphäre spiegelt das Gefühl von Palästinenser*innen wider, die in ihrem eigenen Land leben, das in ein riesiges Gefängnis verwandelt wird.“

Einer dieser vielen Orte ist Kalandia zwischen Jerusalem und Ramallah. „Wenn ich diesen klaustrophobischen Raum betrete, bin ich immer schockiert und überrascht über die gigantischen Gitter und Stangen in allen Größen und Formen und die vielen Drehkreuze, die ein dickes Gewebe von horizontalen und vertikalen Linien bilden. Sie schaffen eine schwere Atmosphäre, in der man wenig sieht und keine Luft zum Atmen hat.“

SAMIRA BADRAN